

Bezugspreis:

Wöchentlich 10 Pfennig, monatlich 3 Reichsmark voraus zahlbar.

Der 'Vorwärts' mit der Sonntagsbeilage 'Volk und Welt' mit 'Siedlung und Kleingarten' sowie der Beilage 'Unterhaltung und Wissen' und Frauenbeilage 'Frauenstimme' erscheint wochentäglich einmal, Sonntags und Montags einmal.

Telegramm-Adresse: 'Sozialdemokrat Berlin'

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Anzeigenpreise:

Die einseitige Randspaltenbreite 10 Pfennig. Reklamierliste 4 Reichsmark. 'Kleine Anzeigen' das fertige Wort 20 Pfennig.

Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 4 1/2 Uhr nachmittags im Druckgeschäft, Berlin SW 68, Lindenstraße 3, abgegeben werden.

Redaktion und Verlag: Berlin SW. 68, Lindenstraße 3

Freitag, den 20. März 1925

Vorwärts-Verlag S. m. b. H., Berlin SW. 68, Lindenstr. 3

Sieben Kandidaten.

Otto Braun an erster Stelle.

Gestern nacht 12 Uhr ist der Termin abgelaufen, bis zu dem die Nennung der Präsidentschaftskandidaten beim Reichswahlprüfungsausschuss zu erfolgen hatte.

An der Spitze steht der Kandidat der Sozialdemokratie,

Otto Braun.

Ihm gehören die Stimmen aller Republikaner, aller Deutschen, die für Recht und Freiheit, für Demokratie und soziale Gerechtigkeit, für die deutsche Einheitsrepublik eintreten.

Das Zentrum präsentiert Dr. Marx, die Demokraten Dr. Hellpach.

Die Reaktion, Großunternehmer und Großagrarier, haben Dr. Jarres nach langem Schwanken zum Kandidaten ernannt.

Der Kandidat der nationalsozialistischen Volkspartei ist Ludendorff, der von Hitler präsentiert worden ist.

Die kommunistischen Zersplitterer der Arbeiterbewegung haben Herrn Thalmann aufgestellt.

Otto Braun ist der Kandidat des Volkes. Sein Name steht an der Spitze des amtlichen Stimmzettels. Die Parole für den 29. März heißt:

Otto Braun.

Kandidatur Ludendorff.

Der große General der Niederlagen.

Die nationalsozialistische Arbeiterpartei unter Hitlers Führung hat den General Ludendorff zum Präsidentschaftskandidaten nominiert.

Hitler wollte anders als Graefe, Reventlow und Wulle, er hat trotz des Protestes dieses Triumvirats und trotz ihrer Erklärung für Jarres Herrn Ludendorff nominiert.

Herr Ludendorff mißt sich mit Herrn Jarres, von dem die deutschnationalen Presse sagt, daß er kein Titan ist.

Der Sprengblock in Preußen.

Jarresisten und Kommunisten.

Durch den Verzicht des früheren Reichskanzlers Marx, die Wahl zum preussischen Ministerpräsidenten anzunehmen, ist die Regierungskrise in Preußen durchaus nicht einer Lösung näher gerückt.

Die Verhandlungen zwischen den preussischen Fraktionen nehmen deshalb gar kein Ende. Marx hatte sich zuletzt darauf beschränkt, ein Beamtenministerium vorzuschlagen.

Jetzt haben die Jarresisten plötzlich Marx als Verhandlungsführer überhaupt abgelehnt und damit alle Vorbereitungen zur Schaffung einer Regierung wieder über den Haufen geworfen.

Nach den bisherigen neuen Besprechungen steht die Sache folgendermaßen: Die Parteien der Weimarer Koalition fordern von jeder Regierung, die mit ihrer Zustimmung zustande kommen soll, daß an der Spitze ein überzeugter Republikaner stehe.

Die Volkspartei, der bei dem ganzen Handel schon nicht mehr ganz wohl ist, die aber mit Rücksicht auf die Wahlgelder

Rut — auch im Hinblick auf die Folgen — als am 8. November an der Feldherrnhalle in München.

Jarres und die Versackungspolitik.

Mehr Deutlichkeit, Herr Jarres!

Herr Jarres hat auf die Vorwürfe, daß er am Ende des Ruhrkampfes eine Politik vertreten habe, die zur Katastrophe und zum zeitlichen Verlust des Ruhrgebietes führen mußte, mit allgemeinen Redensarten geantwortet.

Werden Sie deutlich, Herr Jarres! Sagen Sie offen, was Sie damals wollten, und verdächtigen Sie andere nicht mit dunklen Andeutungen!

Die Methode von Jarres erregt das Bedenken seiner eigenen Freunde. Die 'Deutsche Zeitung' richtet folgenden Appell an ihn:

Daß Dr. Jarres nun deutlicher werden muß, dürfte allerdings die Forderung gerade seiner eigenen Freunde sein. Hier ist die beste, und hier sogar die einzige Parole. Und die Wahrheit zu offenbaren, ist in diesem Falle sogar staatsbürgerliche Pflicht.

Hier ist eine offene Aufforderung von einer Seite, die sich damals für die aktivistische, die Katastrophe in sich tragende Taktik einsetzte, die Gegner der aktivistischen Taktik als Landesverräter zu verleumden.

Sind seine nichtstehenden, am Kern der Frage vorübergehenden Dementis offen und aufrichtig, oder dienen sie nicht vielmehr dazu, einen Schleier der Unklarheit über die Stellung des Jarres von damals zu ziehen?

Herr Jarres wird von seiner Presse als echter, kerniger deutscher Mann, als offen, ehrlich und ritterlich gepriesen. Das gilt es zu beweisen.

der Schwerindustrie nicht mehr zurückkann, hat neuerdings den Landeshauptmann der Provinz Westfalen, Diemann, als Ministerpräsidenten in Vorschlag gebracht, der angeblich dem Zentrum nahesteht.

Die Sozialdemokratie hält daran fest, daß nur ein Ministerium von ihr unterstützt werden kann, in dem sie durch Vertrauensleute vertreten ist und ihr als der stärksten der republikanischen Parteien das Innenministerium verbleibt.

Englischer Schritt in Berlin!

Deutschland soll einen konkreten Sicherheitsvorschlag machen.

Paris, 19. März. (Eigener Drahtbericht.) In politischen Kreisen verlautet, daß die englische Regierung auf Grund der Zusicherungen, die Herriot dem Außenminister Chamberlain gab, in Berlin einen Schritt unternehmen ließ.

Abbruch des Eisenbahnerstreiks.

Ein grundsätzlicher Erfolg der Eisenbahner.

Der Kampf der Eisenbahner ist durch die Verbindlichkeitsklärung des Schiedspruches vorläufig beendet worden. Praktisch haben die Eisenbahner durch diesen Kampf zunächst nur eine allgemeine Lohnerhöhung von 3 Pfd. die Stunde erreicht, die ihnen zuzubilligen die Hauptverwaltung der Reichsbahn sich hartnäckig geweigert hat.

Zu diesem greifbaren Resultat muß jedoch hinzugefügt werden, daß die Eisenbahner einen unbestreitbaren großen moralischen Erfolg davongetragen haben und die Reichsbahnverwaltung eine schwere moralische Niederlage erlitten hat.

Bei der gegenwärtig noch so großen Zersplitterung der Eisenbahner in verschiedenen Organisationen, die wiederum nur einen Teil der Eisenbahner umschließen, die Führung eines allgemeinen Streiks mit außerordentlichen Schwierigkeiten verknüpft ist.

Solange es jedoch den Eisenbahnern gelungen sein wird, das durchzuführen, was ihre österreichischen Kollegen vermocht haben, werden ihre Verhandlungsvertreter gegenüber der Hauptverwaltung der Reichsbahn ein ganz anderes Gewicht haben.

Bezüglich der Arbeitszeit wird der Feldzug, den die Gewerkschaften jetzt für die Ratifizierung des Abkommens von Washington durch einen Volksentscheid eröffnen, in kurzer Frist Gelegenheit geben, ihre Revanche zu nehmen.

Dieser unerträglichen Zustand zu befehlen, haben nicht allein die Eisenbahner, sondern sämtliche Hand- und Kopparbeiter Deutschlands das lebhafteste Interesse.

Ein derartiger Zustand wäre einfach undenkbar, wenn die Eisenbahner rechtzeitig in einer einheitlichen freigewerkschaftlichen Organisation sich zusammengefunden hätten und wenn sie politisch nicht zum großen Teil jenen bürgerlichen Parteien nachgelassen wären, die die Rhein- und Ruhrkämpfer 'versacken' ließen und die den typischen Vertreter dieser arbeiterfeindlichen Politik jetzt auf den Schild gehoben haben.

Der Kampf hat aber noch einen grundsätzlichen Erfolg für die Eisenbahner gehabt. Bisher spielten sich alle Verhandlungen ab zwischen den Vertretern der Reichsbahn auf der

einen und den Vertretern der Eisenbahner auf der anderen Seite. Kam es zu keiner Einigung, weigerte sich die Reichsbahn, den Wünschen und Forderungen der Eisenbahner stattzugeben, dann blieb dieser nur der Kampf, der bei ihrem Organisationsverhältnis und bei der Lebenswichtigkeit der Eisenbahn immer einen zweifelhaften Ausgang haben mußte. Auch mit diesem Grundgesetz des alleinigen Herrn-im-Haule hat der letzte Kampf der Eisenbahner Schluß gemacht. Auch die Reichsbahnverwaltung hat sich den allgemein geltenden Bestimmungen unterwerfen und vor der Schlichtungsinstanz des Reichsarbeitsministeriums erscheinen müssen. Dieser grundsätzliche Erfolg hat ihnen diesmal zwar nur die bescheidene, in jeder Beziehung unzulängliche Lohnerhöhung von 3 Pf. gebracht, er ist aber von desto größerer Bedeutung, wenn die Eisenbahner, wie wir bestimmt erwarten, jetzt die notwendigen Lehren aus diesem Kampfe ziehen.

Die Eisenbahner haben es mit einem außerordentlich mächtigen Arbeitgeber zu tun, dem sie nur imponieren werden, wenn sie ihm gleichfalls eine außerordentliche Macht entgegenzusetzen können. Die Eisenbahnerorganisationen haben ganz richtig das Ergebnis des Kampfes gekennzeichnet als einen materiellen Teilerfolg und als einen moralischen vollen Erfolg. Die gesamte Arbeiterschaft erwartet, daß die Eisenbahner diesen vollen moralischen Erfolg mit allen Kräften ausnützen.

### Kundgebung der Eisenbahnerorganisationen.

Kollegen! Die Entscheidung über den Ausgang des Kampfes um höhere Löhne und kürzere Arbeitszeit ist gefallen. Der Schiedspruch wurde am 19. März 1925 vom Arbeitsministerium für verbindlich erklärt. Die Organisationsleiter bringen hiermit zum Ausdruck, daß sie sich in Beachtung der gesetzlichen Einrichtungen dieser Zwangseinigung fügen.

Hiermit fordern die Organisationen die streikenden Eisenbahner auf, sich

#### geschlossen und in würdiger Form

zum Dienstantritt zu melden. Nähere Anweisungen erteilen die zuständigen Bezirksleitungen und Ortsverwaltungen.

Die Organisationen haben sich nach Kräften bemüht, durch Verhandlungen mit der Hauptverwaltung der Reichsbahn und vor dem Schlichter die erhobenen Forderungen zur vollen Durchführung zu bringen. Das Scheitern an der Hartnäckigkeit und Unnachgiebigkeit der Hauptverwaltung der Reichsbahn. Der Schiedspruch bringt nur einen

#### Teilerfolg auf materiellem Gebiet, aber einen vollen Erfolg in moralischer Hinsicht.

Nicht geschlagen und entsetzt nehmen die Kollegen die Arbeit wieder auf. Sie können erhobenem Haupte in die Betriebe zurückkehren, geleitet von der Sympathie aller redlich Denkenden.

Die ausgebrochenen Streiks sind damit beendet. Der Kampf für die materielle und soziale Besserstellung der Arbeitnehmer tritt nunmehr in ein anderes Stadium. Die Organisationen werden nicht ruhen und rasten, der ehrlichen Arbeit die gebührende Anerkennung zu erteilen und zu sichern. Ihre Stärkung ist dazu Voraussetzung.

Deutscher Eisenbahnerverband, gez. Schöffel.  
Gewerkschaft Deutscher Eisenbahner, gez. Kimmels.  
Allgemeiner Eisenbahnerverband, gez. Staruppe.

Hierzu erlassen die Berliner Bezirksleitungen der drei Organisationen folgenden Aufruf:

#### An die Berliner Eisenbahner!

Das Reichsarbeitsministerium hat den Schiedspruch für verbindlich erklärt. Die Hauptvorstände der drei Tarifparteien fordern zur Arbeitsaufnahme auf. Dieser Aufforderung schließen sich die unterzeichneten Bezirksleitungen der Eisenbahnerverbände an. Wir hoffen, daß der gemeinsam geführte Kampf in der Zukunft eine noch engere Verbindung mit sich bringt. Kollegen! Holt den letzten Rann der noch Unorganisierten herbei, schließt die Reihen, damit der unausbleibliche Kampf in der Zukunft mit einem vollen Erfolge endet.

## Kapitalistische „Kunstpolitik“.

(Glossen zur Versteigerung bei P. Cassirer.)

Auktionen von Kunstwerken sind eine sehr zweischneidige Sache. Selten dienen sie der Kunst, fast niemals dem schaffenden Künstler. Sie sind das Mittel, mit dem der kapitalistische Kunsthandel den Markt reguliert und beherrscht; ihr Resultat (nicht selten durch Nachhilfe und Schiebung künstlich verbessert) dient als Gradmesser der Kaufkraft und als Abwehrmittel gegen unzufriedene Künstler auf der anderen Seite; je nachdem. Es ist das selbe doppelte Spiel wie mit der Statistik, die auch, je nach dem Standpunkt, der verteidigt werden soll, nach oben oder unten wirken kann.

Am schlimmsten ist die Wirkung, wenn das verfügbare Geld von Museen und Sammlern, statt für lebende Künstler zur Aufgabe zu gelangen, für alte „bewährte“ Kunst ausgegeben wird. Es gab im laufenden Winter Beispiele, wo durch die künstlich erhaltene Atmosphäre auf Auktionen, da einer den anderen aus Ehrgeiz oder auch aus bloßem Zahlenrausch überbot, skandalöse Preissteigerungen für mittelmäßige Sachen von toten Meistern entstanden, und lebenden Künstlern von Bedeutung diese Mittel entzogen wurden.

Aber es kann auch noch anderes vorkommen. Anfang dieses Monats wurden bei Paul Cassirer Gemälde und Zeichnungen von deutschen Künstlern aus der jüngsten Vergangenheit versteigert, von denen manche (prominente) noch leben und hier sollte ein besonderer Liebling des Kunsthandels gehoben und ein anderer, dem nicht sich weniger bequem erweisen, gedrückt werden. Es ging nicht um künstlerische, sondern um kaufmännische Werte. Der Favorit hieß Max Liebermann, der Unbeliebte A. Corinth. Die Reizmittel waren: viele mittelmäßige Sachen von Corinth zu bringen, um die Preise zu drücken; und wenige, wertvollere Sachen von Liebermann, um höhere Angebote zu erzielen.

Der Effekt ist prompt und vollkommen eingetreten. Von 25 Gemälden Corinth's mußten elf „zurückgezogen“ werden, da keine entsprechenden Gebote darauf gemacht wurden; die übrigen gingen für 1400 bis 8000 M. fort, was in der Sprache des heutigen Kunstmarktes heißen will: die Preise für Corinth wurden um das Doppelte bis Mehrfache unter die bisherige Bewertung herabgedrückt.

Für Liebermann'sche Bilder wurden auf dieser Auktion, um das Beispiel zu vervollständigen, 4000 bis 8000 M. und zwar je 16 000 M. gezahlt. Außerdem brachte eine Sammlung seiner Handzeichnungen (am zweiten Tag der Auktion) für meist kleine und flüchtigen Blätter, deren ein so fleißiger Künstler ein Duzend an einem Tag zeichnet, und deren es sicher Tausende gibt, Preise, die sich meist zwischen 200 und 500 M. bewegten, aber auch bis zu 1800 und 2850 M. stiegen.

Das höchste erreichte Gebot waren 35 000 M. für ein nicht großes Gemälde von Hans v. Marées, der einer der bedeutendsten Künstler Deutschlands im 19. Jahrhundert war und lange tot ist; danach 21 000 M. für eine nicht sehr hervorragende Landschaft des französischen Impressionisten Monet, der auch gestorben ist.

## Verleumder und Ritterlichkeit.

Ein neuer Schmutzfeldzug?

Die Kreise, die Herrn Jarres auf den Schild gehoben haben, sind von vornherein auf einen schmutzigen Wahlfeldzug eingestellt. Sie haben die Barmat-Kampagne inszeniert, weil sie den verstorbenen Reichspräsidenten Ebert damit verunglimpfen wollten. Sie haben, gestützt auf überbelebte Subjekte, den Vorwurf des Landesverrats gegen Friedrich Ebert erhoben und in einer verlogenen Kampagne breit gemacht. Sie haben einen großzügigen Verleumdungsfeldzug gegen republikanische Politiker und Beamte aus allen republikanischen Parteien eingeleitet. Sie griffen in den Schmutz der Gasse, um linksstehende Männer damit zu bewern.

Herr Jarres duldet diese Methoden. Er läßt die Verleumder für sich werden. Es macht ihm nichts aus, aus dem Schmutz einer solchen Kampagne als Reichspräsident hervorzutreten.

Trotzdem nimmt er das Wort vom ritterlichen Kampf in den Mund. Die Presse des Verleumdungsfeldzugs nimmt es auf. Die „Deutsche Tageszeitung“ schreibt dazu:

„Die Kreise, die entschlossen sind, seine Kandidatur mit allen Kräften zu unterstützen, würden seiner Aufforderung sicherlich gerne Rechnung tragen. Aber sie müssen von Tag zu Tag mehr einsehen, daß eine der wesentlichsten Voraussetzungen dafür, nämlich das Anerkennung der Gegenseitigkeit durch seine Gegner fehlt. Ein Blick in irgendeine Nummer der sozialdemokratischen und demokratischen Presse genügt, um das zu erkennen. Und da erhebt sich denn doch die Frage, ob es tatsächlich richtig ist und praktisch durchgeführt werden kann, diesen Leuten gegenüber mit dem sauberen Florett aufzutreten, wenn sie selber mit dem längeren Drehschlegel arbeiten. Sie ziehen diesen Wahlkampf mit allen Mitteln der parteipolitischen Verheerung und der übelsten persönlichen Verunglimpfung auf, und da wird denn schließlich nichts anderes übrig bleiben, wenn man ihnen nicht einen billigen Vorsprung gewähren will, als nach der alten Regel auf einen Schein anberathen zu setzen. Wenn der „Vorwärts“ sich angewöhnt, von dem Killinger-Jarres zu sprechen, so werden wir uns angewöhnen, von dem Barmat-Braun zu reden.“

Soll das eine Entschuldigung sein für den Wahlfeldzug der Gemeinheit, den die Deutschnationalen systematisch vorbereitet haben? Wollen sich die Verleumder jetzt darauf herausreden, daß sie in der Abwehr verleumdet und beschimpft hätten?

Die deutschnationale Partei hat eine große, von Gemeinheit, Lüge und persönlichen Beschuldigungen strotzende Flugblattpropaganda monatelang vorbereitet. Ihre schmutzigen Angriffe sind am Abendtag Eberts verbreitet worden.

Der „Reichsblock Berlin“ hat in seinem Wahlauftritt das Wort von den Barmat-Margiften geprägt.

Die Rechtsblockpresse setzt den Wahlfeldzug der Gemeinheit täglich fort.

Was soll also die Redensart, daß sie erst jetzt einen Kampf mit schmutzigen Mitteln beginnen wollen? Die Absicht ist, den Apparat der Lüge und Verleumdung noch stärker als bisher für Jarres in Bewegung zu setzen, und die Schuld dann der Linkspresse zuzuschreiben.

Herr Jarres hat das Wort „Ritterlichkeit“ in den Mund genommen. Will er sich von den schmutzigen Wellen der Verleumdung tragen lassen, so mag er zusehen, daß er das Wort und den Begriff nicht diskreditiert!

### Die Gesinnung des Herrn Jarres.

Herr Jarres hat seine erste „große“ Rede gehalten. Was an derselben groß war, wollen wir dahingestellt sein lassen. Aber ein Wichtiges befindet sich darin. Ein Satz, den man heraus schälen muß.

Ein Mensch, der von seiner Arbeit lebt — er sei Hand- oder Geistesarbeiter oder auch Künstler —, fragt sich vergebens, warum für ein bemaltes Stück Leinwand oder ein festes Papier mit ein paar Strichen feines Gold hinausgehen werden darf, das den lebenden Künstlern, den Schaffenden der Gegenwart entzogen wird. Diese Leute, Privatsammler wie Museumsdirektoren des Staates und der Städte, gehen an der starken Kunst der Lebenden vorüber und zahlen unsinnige Preise, wenn der Meister 70 Jahre alt geworden oder, noch besser, gestorben ist.

Das ist ein völlig sinnvoller Zustand. Der erste Schritt zu seiner Beseitigung wäre, die Kunstauktionen ganz abzuschaffen, soweit sie dem kapitalistischen Interesse dienen.

Aber darauf dürfen wir wohl lange warten. Dr. P. F.

### Taylorismus.

Von Richard Boldt.

Am 21. März sind zehn Jahre seit dem Tode von Frederik Winslow Taylor vergangen. Die Lebensarbeit dieses Mannes war für die Entwicklung der industriellen Betriebsorganisation in Deutschland wichtig genug, um sich einmal mit der Frage auseinanderzusetzen, welche Bedeutung der Taylorismus in Deutschland gewonnen hat. Heute herrscht auf diesem Gebiete Ruhe über den Gewässern. Gewiß wird immer noch eine umfangreiche Taylor-Literatur produziert, aber in der Welt der praktischen Anwendung ist die Taylorbewegung abgestoppt worden, und man sieht heute nicht mehr in Taylorismus das Heil für die Reorganisation der industriellen Betriebe. Diese rückläufige Bewegung ist aus zwei Gründen erfolgt: erstens ist die Anwendbarkeit der sogenannten „wissenschaftlichen Betriebsführung“ begrenzt, und zweitens haben sich die Arbeiter gegen eine Ueberspannung der rationalen Arbeitsorganisation mit Erfolg zur Wehr gesetzt.

Taylor wollte eine Arbeitsanalyse bis in die letzten Feinheiten durchführen. Bei den Paradebeispielen wurde der Arbeitsvorgang in eine möglichst große Zahl von Einzelakten zerlegt. Jeder Einzelvorgang wurde mit der Stoppuhr gemessen. Der eigentliche Arbeitsgang umfaßte komplizierte und kostspielige Dispositionen voraus. Das Formularwesen und das Ueberwachungs-system wurde so ausgedehnt, daß die eigentliche Ausführung der Arbeit oft eine Ueberorganisation der Verwaltung erhielt, die wieder unrentabel wurde. Nur für normale Massenfertigung mit Typisierung und Auswechselbarkeit ließ sich das Taylorsystem in Reinkultur durchführen.

Die Arbeiter haben die produktionsfördernden Momente, die Taylor im Auge hatte, sehr wohl anerkannt. Weder vor dem Kriege noch gegenwärtig hat sich in der deutschen Gewerkschaftsbewegung die Anschauungsweise der Maschinenstürmer festsetzen können. Aber gegen die Ueberspannung zur Raubwirtschaft wurde Widerstand geleistet. Die Notwendigkeit der Gegenwehr ergab sich schon daraus, daß das Prinzip der Auslese, der Paradeleistungen waltete. Das Penningssystem als Lohnform bildet den Antrieb, und kein regulierender Faktor zur Normalleistung, zur Sicherung gegen Ueberforderung der Gemütskurve ist gegeben. Keine Gewerkschaft hat hineinzureden, denn die Taylormänner sind Feinde der Gewerkschaften; sie wollen und müssen mit dem einzelnen Arbeiter fertig werden. So wirkt sich dort, wo keine Schranken und

Und zwar in dem Teil, in dem Herr Jarres von dem Flaggen streit spricht und — ach wie warm — die Liebe zu Schwarzweißrot verteidigt.

Da steht der Satz, der einzig wichtige, in der langen Rede: „Wenn von republikanischer Seite gelagt worden ist, das deutsche Volk sei in seine Vergangenheit verliebt, so erblicke ich darin für uns keinen Vorwurf.“

Für uns — was heißt das? Für uns — die nicht republikanische Seite, die Monarchisten, die Reaktionsären, die in die deutsche Vergangenheit so verliebt sind.

Das ist wunderbar — unklug gesagt. Der Mann, der Präsident der deutschen Republik werden will, spricht von einer republikanischen Seite.

Dieser Satz sollte man festnageln, den sollte man an jede Straßenecke kleben, den sollte man im Wahlkampf nicht nur durch Radio immer wieder rufen, diesen Satz mußte man mit Posaunen durch die ganze deutsche Republik schreien. Dieser Mann, der den Reichscharben Schwarzrotgold nur die „schuldige Achtung“ entgegenbringen zu müssen glaubt, würde die Republik verfaulen, so sehr er sich in seiner Rede hiergegen verwahrt.

## Reichslandbund und kleine Zollvorlage.

Sie machen die Regierung scharf.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat eine Interpellation eingebracht, um zu erfahren, ob die Reichsregierung im Interesse der Großagrarier die kleine Zollvorlage zum Nachteile der Handelsvertragsverhandlungen noch weiter zu ver-schieben gedenkt.

Die Vertreter der Großagrarier haben daraufhin die Reichsregierung energisch an die Vertretung der agrarischen Interessen gemahnt. Am Donnerstag morgen fand eine Besprechung des Präsidiums des Reichslandbundes in der Reichskanzlei in Gegenwart des Reichsfinanzministers, des Reichslandwirtschaftsministers und des Reichswirtschaftsministers statt. Der Führer des Reichslandbundes trug der Regierung die Auflassung des Landbundes über die Gefahren der gegenwärtigen Lage und die zu ergreifenden Maßnahmen vor.

Die Regierung weiß nun, daß der Reichslandbund von ihr die Vertoppelung der kleinen Zollvorlage mit den Agrarzollplänen des Reichslandbundes fordert.

## Thüringer Justiz.

Schwere Anschuldigung gegen einen Untersuchungsrichter.

Weimar, 19. März. (Eigener Drahtbericht.) Vor dem Schwurgericht des Landgerichts Weimar begann am Donnerstag ein Meineidsprozeß, der auf den Aufenthalt des verstorbenen Reichspräsidenten in Weimar zur Zeit der Nationalversammlung zurückgeht. Die vier Angeklagten hatten in einer Verhandlung vor dem Schöffengericht in Sonneberg als Zeugen ausgesagt, Reichspräsident Ebert habe in Weimar in der Trunkenheit auf der Straße den Hut verloren. Als Zeugen wurden der frühere Minister Gustav Bauer, der frühere Oberpräsident Winnig und mehrere Angehörige der damaligen Wachkompanie Weimar vernommen. Viele Zeugen bekundeten, daß Ebert nicht angetrunken gewesen sei und es sich nicht um seinen Hut gehandelt habe. Die Besitzerin des „Fischerbühnen“ erklärte vor ihrer Vernehmung, daß sie ihre vor dem Untersuchungsrichter gemachte Aussage widerrufen müsse, da sie diese nur unter einem gewissen Druck gemacht hätte. Der Untersuchungsrichter hätte ihr mit Verhaftung gedroht, wenn sie nicht aus sage, daß Ebert angeheitert gewesen sei.

Die Verhandlung wird am Freitag fortgesetzt.

Deutsche Berater beim Völkerbund. Der Direktor des Internationalen Arbeitsrats des Völkerbunds, Thomas, hatte eine Anzahl international bekannter Autoritäten zu einer Konferenz eingeladen, die in dieser Woche in Genf tagt, um Leitende zur Behandlung wichtiger Probleme der Sozialversicherung auszuwählen. Aus Deutschland sind geladen Geh. Regierungsrat Dr. Richard Freund und Prof. Dr. Alfred Raneß, Berlin.

Schulmutter durch organisatorische Selbsthilfe oder auch durch soziale Beschäftigung vorhanden sind, das berühmte „freie Spiel der Kräfte“ aus.

Deshalb ist, so sonderbar es auch klingt, das moderne Taylor-System von der Entwicklung bereits überholt worden. Wir müssen zur Synthese zwischen rationaler Arbeitswirtschaft und sozialer Menschenökonomie kommen. Wohl muß unsere Arbeitswirtschaft durch Anwendung der besten Maschinen und Arbeitsbedingungen rational sein, aber die günstigste Menschenökonomie im industriellen Leben muß auf anderen Wegen erreicht werden, als es Taylor und seine Schule in den letzten Jahrzehnten gepredigt haben. In diesem Zusammenhang kommt es also darauf an, das negative Resultat unserer Würdigung des Taylorismus zu sehen: über Taylor führt der Weg nicht zur Leistungssteigerung der Wirtschaft.

Eine Andersen-Ausstellung in Berlin. Seit dem Tode des Märchendichters H. C. Andersen werden im Spätsommer dieses Jahres fünfzig Jahre verlossen sein. Der Kreis in Kopenhagen, der dort vor kurzem die Goethe-Ausstellung veranstaltete, wird unter Führung von Prof. Carl Larsen ein umfangreiches Material über das Leben und die Werke des Dichters unserer Kinderwelt für eine Ausstellung sammeln, die im Oktober in der Preussischen Staatsbibliothek stattfinden soll. Die Ausstellung wird von Vorträgen hiesiger und dänischer Gelehrter sowie Vorlesungen und Aufführungen an namhaften Stellen begleitet werden. Dem deutschen Arbeitsausschuß gehören an: Dr. Walter Georgi, Min.-Sekr., Direktor Heibron, Geheimrat Jessen, Intendant Jognor, Generaldirektor Müllau, Paul v. Mendelssohn-Bartholdy sowie in Leipzig Geheimrat Volkmann und Dr. Böwis von Renar.

Bühnenkünstler und Rundfunk. Das Frankfurter Bühnenschiedsgericht fällt eine wichtige Entscheidung in der Streitfrage, ob die Bühnenkünstler irgendwo verpflichtet sind, an Opernaufführungen mitzuwirken, die gleichfalls durch den Rundfunkübertrag in Frankfurt übertragen werden. Der Schiedspruch lautet: Die Künstler, Bühnenkünstler, sind nicht verpflichtet, ohne besondere Vereinbarung, an den an den Rundfunk angehängten Opernaufführungen mitzuwirken.

Jukka Klant gibt am Sonntag, den 22. März, mittags 7,12 Uhr, eine Lantmatinee (Solo- und Gruppenstücke) im Theater am Kur-färkendam.

Elle Coster-Schiller trägt noch einmal vor ihrer Abreise nach Valdivia am Sonntag, den 22. abends 8 Uhr, im Harmoniumsal, Steglitzer Straße 33, aus ihren Dichtungen vor.

Kaplan Jähel spricht über „Glauben und Unglauben“ am 21. abends 8 Uhr, in der Hochschule für Musik.

Georg Brandes ist erkrankt. An Stelle der geplanten zwei Vorträge am 23. und 31. März in der Philharmonie bzw. im Bühnen-Saal wird nur der eine Vortrag über „Das heutige Europa“ und zwar am 31. März im Bühnen-Saal stattfinden.

Die Schöneberger Deutsches Volkstheater veranstaltet im Schöneberger Rathaus eine Ausstellung „Die Lithographie von Senefelder bis heute in Kunst und Gewerbe“ in der Zeit vom 14. bis 19. April. Leiter der Ausstellung ist Hans Saluski.

„Der Jung Chor“ (Mitgl. d. DVB) singt am 22. in der Singakademie am Rahmentischchen. Zur Aufführung kommen Edele von Wagner, Bach, Teils- und Kamplischer. Anfang nachm. 4 Uhr. Eintritt 1 M.

# Seht die Wählerlisten ein! Die Listen liegen nur bis kommenden Montag aus.

## Deutschnationale gegen Reichsregierung. Obstruktion gegen die Handelspolitik.

Seit vielen Wochen verhandelt der Handelsvertragsausschuss des Reichstags über das deutsch-spanische Handelsabkommen. Die deutsche Industrie fordert fast übereinstimmend die Annahme, die für den Export nach Spanien von großer Bedeutung ist. Die Winzervereine haben dagegen eine große Agitation gegen den Vertrag organisiert, der für die Erleichterung des deutschen Exports dem spanischen Weinbau große Zugeständnisse gewährt. Diese Agitation hat starke Erfolge bei den bürgerlichen Parteien gehabt. Deren agrarische Flügel wollen den Vertrag ablehnen; die Deutschnationalen scheinen sich sogar bereits auf die Ablehnung des Vertrags festgelegt zu haben, auf dessen Verabschiedung die Regierung Luther-Schiele den größten Wert legt. Unter diesen Umständen suchen die Regierungsparteien Zeit zu gewinnen.

Dieser Woche hatte überhaupt keine Sitzung stattgefunden. Auf der Tagesordnung der gestrigen Sitzung des Ausschusses stand zunächst eine deutschnationale Anregung zufolge an erster Stelle eine Besprechung des Standes der Handelsvertragsverhandlungen; der spanische Handelsvertrag war an zweiter Stelle gerückt. Gegen diesen Obstruktionsversuch erhoben die Genossen Hilferding und Hildenbrand Einspruch. Eine Besprechung der verschiedenen Verträge würde die Verhandlung des spanischen Abkommens auf unbestimmte Zeit vertagen. Da die Regierung im Auswärtigen Ausschuss bereits Auskunft gegeben hat, sei dies ja offenbar auch der Zweck der Übung. Bei der Regierungsbildung sei erklärt worden, nur die Reichsregierung sichere die Durchführung der Handelspolitik. Jetzt werde es klar, daß die Regierung in dieser wichtigsten Frage unserer Volkswirtschaft überhaupt über keine Mehrheit verfüge. Es sei klar, daß ohne Sozialdemokratie vernünftige Handelspolitik überhaupt nicht gemacht werden könne. Die Regierung lege auf die Verabschiedung der Vorlage den größten Wert. Die Fortdauer der wirtschaftlichen Unsicherheit sei untragbar. Die sozialdemokratischen Vertreter beantragten deshalb, das spanische Abkommen nicht zu verhandeln.

Der Antrag wurde angenommen, da auch die Vertreter der Winzer-Interessen dafür stimmten. Darauf wurde die Generaldebatte geschlossen und auch die Spezialdebatte zu Ende geführt. Vor der Abstimmung legten neue Obstruktionsversuche der Deutschnationalen ein. Zugleich wurde aber auch von mehreren Abgeordneten daran erinnert, daß die Regierung versprochen hätte, dem Ausschuss eine Vorlage zur Unterstützung der Winzer vorzulegen, durch die etwaige Schäden des Handelsabkommens gemildert würden. Die Regierung hätte aber dieses Versprechen nicht erfüllt.

Der Ernährungsminister Graf Ranke mußte das zugeben, er hätte aber nun, daß die Regierung Sonnabend vormittag in der Lage sein werde, ihre Vorschläge zu machen. Darauf wurde Beratung des Ausschusses beantragt.

In der darüber entstehenden Debatte griff Abg. Becker-Hellen (D. Rp.) die Sozialdemokratie heftig an. Sie treibe Opposition, obwohl sie doch eigentlich für den Abschluß der Handelsverträge sei. Das gab Genossen Hilferding Gelegenheit zu einigen grundsätzlichen Ausführungen. Den Widerspruch zwischen Politik und Sachlichkeit kann die Sozialdemokratie nicht onerieren, denn von der allgemeinen politischen Entscheidung hängen auch alle sachlichen Entscheidungen im einzelnen ab. Denn alle einzelnen Maßnahmen müßten sich ja in den Rahmen einer allgemeinen Politik einfügen. Die politische Entscheidung sei heute um so wichtiger, als sich ja die Verhältnisse gegenüber früher völlig verändert hätten. Früher stand dem Reichstag eine vom Parlament unabhängige Regierung gegenüber, aus deren Entschlüssen und Zusammenhänge der Reichstag nur einen ganz beschränkten Einfluß hatte. Jetzt bilden die parlamentarischen Parteien die Regierung. Sie müßten deshalb auch die völlige Verantwortung für die Regierungspolitik übernehmen. Wenn im Oberhaus das Spiel mit wechselnden Majoritäten möglich gewesen sei, so sei das gegenwärtig ausgeschlossen. Die Opposition sei nicht dazu da, um diejenigen Dinge der Regierung zu apokryphen, für die einzutreten die Regierungsparteien aus demagogischen Rücksichten nicht erwünscht sei. Sowohl Herr Luther wie auch Herr Stresemann hätten ausdrücklich erklärt, daß die Reichsregierung gebildet werden müsse, weil mit der Sozialdemokratie keine Handelspolitik zu machen sei. Jetzt müssen die Regierungsparteien beweisen, daß sie dazu imstande sind. Könnten sie das nicht, so müßte eben die von ihnen gebildete Regierung zurücktreten und eine andere Regierung gebildet werden, die das wirtschaftlich und sachlich Notwendige auch politisch durchzuführen imstande sei.

Die Haltung der Opposition diene zugleich einer außerordentlich wichtigen politischen Erziehungsaufgabe. Wenn der Abgeordnete Becker, der Bundsgenosse der Deutschnationalen, einer anderen Partei Demagogie vorzuwerfen wage, so sei dies lächerlich. In der auswärtigen Politik wie in der Aufwertungsfrage haben die Deutschnationalen gewissenlos Demagogie getrieben. Jetzt soll dasselbe Spiel bei den Handelsverträgen wiederholt werden. Die Regierung bestrebe auf Ratifizierung des Vertrags. Sie sei sachlich im Recht. Aber die Opposition habe keinen Grund, regierungsfreundlicher zu sein als die Regierungsparteien. Bei der Verabschiedung des Vertrags mit Siam hätten wir schon einen ersten Erziehungserfolg gehabt. Die Herren könnten auf eine Wiederholung der Lektion nicht verzichten.

Diese Ausführungen erregten — wie man sich denken kann — den heftigen Unmut der Volkspartei und namentlich der Deutschnationalen, die aber mit ihren Erwidern wenig Glück hatten. Schließlich wurde die Beratung auf Sonnabend beschlossen. Man kann neugierig sein, welche neuen Obstruktionsmondoer dann versucht werden.

## Mildes Urteil für Verleumder.

### Georg Bernhard gegen „Hamburger Nachrichten“.

Von dem Amtsgericht Berlin-Mitte unter Vorsitz des Amtsgerichtsrats Dr. Lorching wurden die „Hamburger Nachrichten“ zu der äußerst milden Strafe von 300 M. und zur einmaligen Publikation des Urteils in den „Hamburger Nachrichten“ und der „Vossischen Zeitung“ verurteilt. Der Verlag Wiffstein und mit ihm Georg Bernhard, der Chefredakteur der „Vossischen Zeitung“, hatten die „Hamburger Nachrichten“ auf Grund eines Artikels „Geschäft ist alles“ verklagt. Dieser Artikel bestand im wesentlichen aus einem Zitat der berüchtigten „Deutschen Wochenzeitung“ für die „Niederlande“, der

wegen ihres niedrigen Charakters sogar von der deutschen Reichsregierung die Subvention entzogen worden war. Nichtsdestotrotz hatten die „Hamburger Nachrichten“, die genau wußten, daß sie im Trüben fischten, den Artikel abgedruckt, der der „Vossischen Zeitung“ allerhöchster Vorwürfe an deutschen Verfassern daraus macht, daß sie nach moralisch zu beanstandender journalistischer Gepflogenheit Nachrichten an den „Telegraph“, an dem selbst ein Mann wie Dr. Helfferich Mitarbeiter war, lieferte. Durch die Art und Aufmachung des Artikels und weiteren Text sollte deutlich zu verstehen gegeben werden, daß die „Gazette Boß“, wie sie genannt wurde, bewußt deutschfeindliche Politik triebe, wenn nicht gar von ausländischen Kapitalinteressen beeinflusst wäre und daß ihr das Geschäft über alles ginge. Der Angeklagte, verantwortlicher Redakteur Engelhardt, und sein Verteidiger hielten es nicht für notwendig, einen Wahrheitsbeweis anzutreten, sondern begnügten sich mit Ausflüchten. Die Verurteilung erfolgte auf Grund von §§ 185 und 186 des StGB.

## Mussolini regierungsunfähig. Littori wahrscheinlich Nachfolger.

Rom, 19. März. (Eig. Drahtber.) Die Kerze haben dem italienischen Ministerpräsidenten Mussolini eindringlich geraten, scheinungsmäßig Rom zu verlassen und zur Wiederherstellung seiner Gesundheit nach Sizilien zu reisen. Dort soll er sich von jeder Beschäftigung mit der Politik und mit den Staatsangelegenheiten fernhalten. Mussolini weigert sich bisher noch, dem Rat seiner Kerze zu folgen. In Regierungskreisen wird schon ernsthaft über die Person eines Vizeministerpräsidenten diskutiert, der im Falle der Abreise Mussolinis die Regierungsgeschäfte führen soll. Man rechnet allgemein damit, daß Littori, der Präsident des Senats, vom König mit der interimistischen Führung der Regierung betraut werden wird. In diesem Falle würden die Haupthindernisse für die Rückkehr Italiens auf den Weg der Gesehlichkeit wahrscheinlich bald überwunden sein.

Zur Geschichte des Kriegsausbruchs wird ein südslawisches Glaubuch über den österreichisch-serbischen Konflikt beitragen, das in den nächsten Tagen in Belgrad erscheint.

# Hermann Müller zur Präsidentenwahl.

## Eine Rede in Potsdam.

In Potsdam eröffnete gestern die Sozialdemokratie den Wahlkampf um den Reichspräsidenten mit einer Rede des Parteivorstehenden Genossen Hermann Müller-Franken, der sich das Thema „Demokratie oder Reaktion?“ gewählt hatte, um in großen Zügen der Wählerschaft klar zu machen, was eine Verleumdung des Kampfes und der Bedeutung der Stellung, um die der Kampf geht, mit sich brächte.

Genosse Müller knüpfte an eine Bemerkung des Grafen Westarp an, den er als einen aus der Kaiserzeit stehenden Mann bezeichnete. Westarp habe gefordert, daß kein Kaiserist die Nachfolge Eberts und ebensowenig ein Anhänger der Weimarer Koalition dieses Amt bekleiden dürfe. Damit ist der Gegenstand aufgezeigt, um den es sich handelt. Es soll also nach seinem Willen eine Periode zum Abschluß kommen, in der Republikaner und Demokraten an der Spitze des Deutschen Reiches stehen. Jarres hat gestern geäußert, daß das deutsche Volk zu wenig Verständnis für die Geschichte der Vergangenheit hätte. Er betraute sich als

### Brüdenbauer zur Zeit des Kaiserreiches

mit dem Hintergedanken, daß er als Bernunftrepublikaner die Brücke schlagen könne, auf der auch die Monarchisten hineinlangten wollten. So notwendig es ist, daß der Deutsche die Geschichte der Vergangenheit kennt, so notwendig ist es auch, daß er die Geschichte der letzten 10 Jahre nicht vergißt. 1918, als der letzte kaiserliche Kanzler das Ende kommen sah, übergab er dem ehemaligen Sattlergesellen die Geschichte des Reiches, um zu retten, was zu retten war. Damals

### war ein Westarp nicht zu sehen.

Er verschwand in der dunkelsten Ecke wie alle die, die sich nicht hervorgewagt haben. Keiner war da, der seinen Kaiser verteidigen wollte und der Kaiser war auf und davongegangen und mit ihm der Kronprinz. Die verspotteten „Partei-funktionäre“ haben aber im Deutschen Reich wieder für Ordnung gesorgt und den Staatsgedanken hochgehalten. Darum ist es auch unsehbar kläglich, daß heute vor einem Schöffengericht oder jetzt vor der Strafkammer die Köpfe darüber zerbrochen werden, ob die Sozialdemokratie jenseits Landeserratt begangen habe. Es könnte auch einmal bei der Umdeutung eines derartigen Prozesses dazu kommen, daß die Frage aufgerollt wird in einem Hohenzollern-Prozess, wie sich diese Familie in der kritischen Zeit gegenüber dem deutschen Volke verhalten hat. Hätte nur Wilhelm II. es so verstanden wie Ebert,

### zur richtigen Zeit den Mund zu halten,

würden zwei Millionen Deutsche mehr leben. Ebert, um dessen Nachfolge jetzt der Kampf entbrannt ist, hat ein Beispiel gegeben, wie mit Ruhe, Takt und Sachlichkeit die Geschichte des Volkes geleitet werden müssen, und darum muß auch sein Nachfolger dieselben Voraussetzungen erfüllen. Ein Monarchist oder ein vorkapitulierender Feind der Republik würde niemals an diesem Platz das erfüllen, was das Amt von ihm verlangt.

Wir Sozialdemokraten haben die Auffassung, daß nach der Art, wie Ebert sein Amt verwalte hat, nur ein Mann an seine Stelle treten darf, der die Beweise geliefert hat, daß er in schwerster Zeit seinen Posten zu versehen vermag, und das hat unser Reichspräsidentenkandidat Otto Braun als preußischer Ministerpräsident gezeigt.

während im Westen der Separatismus sein Haupt erhob und Putschisten bei Küstern und anderwärts den Frieden in Preußen zu zerstören drohten.

Da hat er die Wache für Deutschland gehalten und Preußen wurde der Ruhepunkt, ohne den das Reich in chaotischen Zustand geraten wäre.

Allerdings geriet er dabei auch in Konflikte mit Jarres als Reichsinnenminister.

Jarres hat den

### Neuankundentag für die Beamten

einführen wollen und dabei Braun in der Abwehr getroffen. Braun hat bewiesen, daß bei ihm die Voraussetzungen zur Erfüllung der Pflichten dieses hohen Amtes vorhanden sind. Er trat für die kleinen Leute ein, er kämpfte um das Recht der Landarbeiter und von einem solchen Mann will natürlich der Ausschuss für die Sommerkandidatur des Reichsblocks nichts wissen. Herr Jarres ist der Auffassung, daß der Wahlkampf „ritterlich“ geführt werden müsse. Da wird er wohl bald an seine Freunde eine Anstandnahme ergoßen lassen und gegen die deutschnationalen Presse einen Bannfluch schreiben müssen, die in der wüsten Ver-

## Der Kampf gegen die Kurden. 100 000 Mann Truppen mobilisiert.

Konstantinopel, 19. März. (Eigener Drahtbericht.) Die türkische Regierung hat zur Niederwerfung des kurdischen Aufstandes rund 100 000 Mann anatolische Truppen mobilisiert. Davon sollen zunächst 75 000 ins Aufstandsgebiet geschickt werden. Die Truppen werden in verschiedenen Kolonnen gegen die ganze Breite der westlichen Front Kurdistans angelegt. Die Kurden erschweren den Truppen den Kampf dadurch, daß sie unter der grünen Fahne des Propheten kämpfen und in den vordersten Reihen den Kurden zeigen. Dadurch werden die Truppen in schwere Bewusstseinskonflikte gebracht. Der militärische Befehl verpflichtet sie zum Angriff, während sie das religiöse Gewissen vor einer Attacke auf diese heiligen Embleme abhält.

Der Ausschmückungsausschuss des Reichstags beschäftigte sich am Donnerstag mit einer schon früher behandelten Anregung, das Andenken der im Weltkrieg gefallenen Mitglieder und Beamten des Reichstages durch Errichtung einer Gedächtnisliste im Reichstagsgebäude zu ehren. Der Ausschuss stimmte grundsätzlich der Anregung zu, jedoch sollen in einer späteren Sitzung des Ausschusses zunächst die Vorschläge von Kunstschaffenden über die Form und die Anbringung der Ehrenliste vorgelegt werden. Ferner lag eine Anregung vor, eine Büste oder ein Bildnis des verstorbenen Reichspräsidenten Ebert für das Reichstagsgebäude zum ehrenden Andenken anzulassen. Der Ausschuss traf in dieser Angelegenheit noch keine endgültige Entscheidung, damit zunächst in den Fraktionen darüber Besprechungen abgehalten werden können. Am Sonnabend tritt der Ausschuss nochmals zusammen.

Wechsel im Polizeipräsidentium. Zum kommissarischen Leiter der Abteilung Ia des Berliner Polizeipräsidentiums ist der Oberregierungsrat Wändisch vom Oberpräsidium in Magdeburg an Stelle des nach Halle versetzten Regierungsdirektors Dr. D. L. Lo berufen worden.

Rücktritt der finnischen Regierung. Die finnische Regierung ist zurückgetreten. Vermutlich wird Ministerpräsident Entmann wieder mit der Regierungsbildung betraut werden. Man rechnet mit einer längeren parlamentarischen Krise.

leumdungskampagne gegen Ebert sich wohlgefällt. Gewiß ist Jarres ein anständiger Mensch, aber diese Voraussetzung genügt nicht für einen Reichspräsidenten.

### Jarres fehlt der politische Weltbild

und das hat er mit seiner Versackungstheorie bewiesen. Er mag die besten Absichten gehabt haben, aber was er erstrebt, ist auf die Formel zu bringen: Man soll Westdeutschland prelagern, um Reichsdeutschland zu retten! Ohne die energische Haltung der Arbeiter- und Beamtenvertreter im Westen wäre diese Theorie nicht zum Schatz gebracht worden. Die Zeit hat es bewiesen, daß es auch ohne Kriegsgeld und ohne Einstellung der Zahlungen für Rhein und Ruhr gegangen ist.

### Das ist kein Staatsmann, der mit einer solchen Theorie das Land zu retten glaubt.

Gegen solche Möglichkeiten kann das Reich nur gefestigt sein, wenn ein entschiedener Republikaner an seiner Spitze steht, der die Konsolidierungsarbeit Eberts fortsetzt. Auch die Deutschnationalen sehen heute ein, daß sie mit der Reichsregierung Erfüllungspolitik treiben müssen, und Stresemann ist es, der Eunoche Politik fortsetzt und Frankreich einen Pakt anbietet, in dem die derzeitigen Westgrenzen garantiert werden. Welch Spektakel wäre entstanden, wenn ein sozialdemokratischer Minister mit einem solchen Pakt gekommen wäre. Jetzt „erzieht“ man die Deutschnationalen auf dem Wege der Erfüllungspolitik für den Staat. Und sie sehen ein, daß sie sich fügen müssen, wenn sie die alten Zeiten innerpolitischer Macht wieder erlangen wollen. Das Volk wird aber begreifen, daß es mit den

### Wahlversprechungen der Deutschnationalen nur ein Lug und Trug

ist. Die Kreise der Kleinrentner, Sparer und Auslandsdeutschen werden am ehesten zur Bestimmung kommen. Das nächste Problem für die Reichsregierung ist die Frage der Räumung Kölns. Auch da wird man zusehen müssen, durch Verhandlungen das Ziel zu erreichen. Was würde entstehen, wenn ein zu Experimentieren in der Außenpolitik neigender Reichspräsident sein Amt zu solchen Experimenten mißbrauchen würde? Deutschland wird von der Regierung Luther-Stresemann in den Völkerbund hineingeführt werden müssen, wenn sie die Wirtschaft konsolidieren will. Diejenigen, die ihr Verlangen nach der „Reinigung des öffentlichen Lebens“ so übermäßig betonen, sollen nicht vergessen, vor der eigenen Tür zu kehren und sich der Hohenzollernnamen erinnern, die bei einer Schieberbank ihre Konten angelegt hatten. Besonders in der Potsdamer Atmosphäre wird man auf Eitel Friedrich verweisen müssen, der sicher nicht durch die Republik verdorben worden ist. Und die Geschäfte, die nach 1871 der Hochadel gemacht hat, sind nichts anderes, als was wir heute mit Korruptionserscheinungen bezeichnen, und die Gegenwart ist ein Pappentitel gegen diese Zeit.

Auf einen Zwischenruf über die Haltung der Sozialdemokratie im zweiten Wahlgang erwiderte Hermann Müller: „Wir werden wissen, was wir im Interesse der Republik zu tun haben, und nehmen daher im voraus keine Belehrung entgegen.“

### Diese Bemerkung löste starken Beifall aus.

Zum Schluß rechnete Hermann Müller mit den Kommunisten ab, die mit ihrer Kandidatur nur der Reaktion Vorschub leisten und den Arbeiterinteressen höchstens Schaden verursachen. Die Massen werden aber wissen, worum es sich handelt. Nicht um die Restauration der Monarchie wird es gehen, aber eine Etappe auf dem Wege zu ihr will man gewinnen.

Wir müssen dieses Vorgehen unmöglich machen durch Berufung eines zuverlässigeren Republikaners. Wir haben nicht solche Zerlegungsercheinungen festgestellt wie im Voelbel-Bloch, der seinen Kandidaten mit recht gemischten Gefühlen in seiner Presse begrüßt. Wir erwarten von der Jugend, daß sie uns die Rekrutenstelle für den Sieg der republikanischen Idee. Wir sind überzeugt, daß wir uns in der europäischen Völkerfamilie nur als Republik durchsetzen können! Wir müssen das Letzte daran setzen, daß keine Wahlmüdigkeit eintritt! Um das Wohl und Wehe des deutschen Volkes handelt es sich. Otto Braun bürgt uns dafür, daß er als Nachfolger Eberts würdig und erfolgreich das Amt vertrete. (Stürmischer Beifall.)

In der Diskussion mußte Müller sich mit einem Kommunisten auseinandersetzen, wobei er ihn knapp und treffend abfertigte.

Von allen bisherigen Versammlungen in Potsdam hatte die sozialdemokratische Wählerversammlung den stärksten Besuch aufzuweisen.



# Wohnungsfürsorge der Gemeinde.

## Stadtverordneterbeschluss zur Aufwertungfrage — Personalabbau und Betriebsrätegesetz.

In der Berliner Stadtverordnetenversammlung wurden gestern mehrere wichtige Beschlüsse gefasst. Ein Dringlichkeitsantrag der sozialdemokratischen Fraktion erinnerte den säumigen Magistrat an die Notwendigkeit der Lohnaufbesserung der Arbeiter und Arbeiterinnen der Stadt. Er wurde dem ständigen Ausschuss überwiesen, der schon heute zusammentreten wird. Ausschussberatung beschloß die Versammlung auch zu dem Antrag der sozialdemokratischen Fraktion, der die Hergabe von fünf Millionen Mark zu Hypotheken für Kleinwohnungen fordert. Genosse Guttschmidt begründete ihn und zugleich eine von der sozialdemokratischen Fraktion gestellte Anfrage wegen der von Unternehmerorganisationen betriebenen Preisstreiberei auf dem Baustoffmarkt, die den Kleinwohnungsbau so sehr erschwert. Den Antrag der sozialdemokratischen Fraktion, den Mißbrauch des Personalabbaues zur Beseitigung unbehaglicher Arbeitnehmer bekämpft und auf den Kündigungsschutz des Betriebsrätegesetzes hinweist, hat der Ausschuss verworfen. Einen teilweise abgeänderten vom Genossen Flatau begründeten Antrag der sozialdemokratischen Fraktion, der die Notwendigkeit dieses Schutzes betont, konnte eine aus Sozialdemokraten und Kommunisten zusammengesetzte Mehrheit gegen die nicht vollzählig anwesenden Bürgerlichen durchsetzen. Beschlossen wurde gestern auch über die in der vorigen Sitzung erörterten Anträge zur Aufwertung von Sparguthaben. Den Antrag der sozialdemokratischen Fraktion wollten die Deutschnationalen abschwächen, weil er ihnen zu weit ging, aber ihr Versuch mißlang. Schließlich wurden nach dem Vorschlag des Ausschusses beide Anträge, der sozialdemokratische und der deutschnationale, angenommen.

Der gestrigen Sitzung der Berliner Stadtverordneten lag der folgende

### Dringlichkeitsantrag der SPD.

Vor: „Der ständige Ausschuss der Stadtverordneten-Versammlung für die Angelegenheiten der Hilfskräfte und Arbeiter beim Magistrat der Stadt Berlin hat am 10. März zu der Lohnforderung der städtischen Arbeiter und Arbeiterinnen, eingereicht durch den Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter, Filiale Groß-Berlin, am 13. Februar 1925, Stellung genommen. Der ständige Ausschuss war einmütig der Auffassung, daß eine Lohnerhöhung eintreten sollte. Mit Stimmenmehrheit ist beschloffen worden, den Arbeitern die geforderte Lohnerhöhung von 10 Pf. die Stunde zu bewilligen. Dem Vernehmen nach ist bis heute nach dieser Richtung hin Entgegenkommen nicht gezeigt worden. Der städtischen Arbeiter und Arbeiterinnen hat sich infolgedessen eine tiefgehende Erregung bemächtigt. Wir beantragen daher zu beschließen: Die Versammlung ersucht den Magistrat, dem Antrage der städtischen Arbeiter und Arbeiterinnen stattzugeben und die Löhne der Vollarbeiter um 10 Pf. pro Stunde zu erhöhen.“ Ohne Widerspruch wurde der Antrag dem ständigen Ausschuss überwiesen, der sich schon freizügig damit befaßt wird. — Am 19. Februar haben unsere Genossen eine Anfrage gerichtet, die die Aufmerksamkeit des Magistrats auf die

### Mißstände im Bereich der Wohnungsneubautätigkeit

richtet und ihn um Auskunft ersucht, ob er gewillt ist, dahin zu wirken, daß auch für den Kleinwohnungsbau Voraussetzungen geschaffen werden, die eine auch für die Minderbemittelten erträgliche Miethöhe ermöglichen. Gen. Guttschmidt: Der Schutzeinvernehmen der Bauinteressenten verlangt die Aufhebung der Mieterhöhung und die Anpassung der Mieten an die heutigen Neubaufkosten. Die Boden- und Baupreislagen, sowie die Hausbesitzer stehen hinter dieser Forderung, deren Erfüllung die Mieten auf das Mehrfache der Friedensmiete hinaustreiben würde. Daß die Baukostenpreise wucherisch hoch stehen, ist bekannt. Im Sommer 1924 konnte man in Berlin Rathenower Siegel für

12 M. erhalten; heute kosten sie 41—42 M. Die Kartellbildung schreitet auf diesem Gebiete ständig fort, die sozialen Bauhüttenbetriebe und die Regiebauten sucht man überhaupt auszuschalten oder durch noch höhere Preise zu benachteiligen. Reichliche Kräfte zur Beteiligung an Gewinnen aus der jetzigen geringen Bautätigkeit leisten sich gewisse Banken. Die Hauszinssteuer kommt im Durchschnitt nur solchen zugute, die einen erheblichen Zuschuß zu den Baukosten leisten können. Daher die unerhörte Höhe der Mieten in den Neubauten. Für die Minderbemittelten bleibt nichts übrig. Mehr als bisher muß die Wohnungsneubautätigkeit auch Häuser herstellen, für die der Minderbemittelte die Wohnungsmiete erschwingen kann. Diesem Ziele dient unser Antrag. Nur wenn der Magistrat mit aller Energie durchgreift, wird dieses Ziel zu erreichen sein. — Stadtrat Brühl: Der Magistrat hat ernstlich Schritte eingeleitet, um auf diesem Gebiete vorwärts zu kommen. Eine Befragung im Hochbauamt ist bereits stattgefunden. Auch wird geprüft werden, wie weit die Stadt zu dem erwähnten Zweck Zinsanwartschaften gewähren kann. Alles Nähere wird in der Ausschussberatung zu erörtern sein. — Die Anfrage geht an den Haushaltsausschuss. — Die Vorlage betr. die Wiederbesetzung der Stelle des Stadtschulrats wurde an den Ausschuss zurückverwiesen. — Ein Antrag unserer Genossen vom 11. Dezember 1924 ging dahin, zu beschließen, daß die §§ 84, Abs. 4 und 96 des Betriebsrätegesetzes auf Grund tariflicher Bestimmungen für die unter das Betriebsrätegesetz fallenden Arbeitnehmer der Stadt Berlin eingeführt werden. Der Ausschuss für Angelegenheiten der Hilfskräfte und Arbeiter hat am 16. Februar d. J. mit 9 gegen 8 Stimmen den Antrag abgelehnt, da nach Angabe der Magistratsvertreter bezügliche Anweisungen schon früher erlassen sind. Gen. Flatau leitete seinen Ausführungen einen teilweise abgeänderten Antrag vor, nach dem der Magistrat ersucht werden soll, mit allen Mitteln dahin zu wirken, daß bei Entlassungen auf Grund der P.M. die vom Magistrat bisher auf Grund des § 84, 4 des P.M. erlassenen Anweisungen an die Bezirksamter volle Beachtung finden; das gleiche wird hinsichtlich des § 96 gefordert. Unser Redner gab eine Inhaltsübersicht der vom Magistrat herausgegebenen und später ergänzten und erläuterten Richtlinien. Eine Reihe von Bezirksamtern hätten indessen diese Anweisungen nicht beachtet und sich zu Unrecht auf eine Reichsgerichtsentscheidung für ihre abweichenden Abbaumentscheidungen berufen. Der ausführlichste Fall derart sei im Bezirksamt Tiergarten passiert, wo Bürgermeister Döhlen die Oberaufsicht vernachlässigt habe, jedoch dem Personaldezernenten die Anweisung entgegen und er unter Berufung auf die letztgenannte Entscheidung ungesetzliche Entlassungen verfuhr. Die Gewerkschaften hätten deshalb mit dem Bezirksamt Tiergarten verhandeln wollen, aber der Bezirksamtsvertreter Stadtrat Meyer lehnte ab, sich mit Stadtverordneten darüber zu unterhalten, erwies sich auch als völlig unorientiert, da die Angestellten-Angelegenheiten dort vom Bureau direktor erledigt werden. Wenn Unfähigkeit Voraussetzung zum Abbau sei, so bitte er für das Bezirksamt Tiergarten die Konsequenzen zu ziehen. An die Seite dieses straflosen Falles treten solche in Reinickendorf, Panitzsch u. a. Der modifizierte Antrag sei daher vollkommen berechtigt; Redner bittet um seine Annahme. Gen. Stadtrat Brühl teilte mit, daß nach dem Ergebnis einer im Februar veranfaßten Überprüfung in Tiergarten jetzt alles in Ordnung sei. Reinickendorf, das sich auf die Reichsgerichtsentscheidung berufen habe, sei rektifiziert worden. Im allgemeinen sei in den 20 Bezirken die Durchführung der Anweisungen ordnungsmäßig erfolgt.

Dr. Caspari (Dp.) beantragte Zurückverweisung an den Ausschuss, um der Rülle von Einzelheiten, die Flatau vorgebracht, wie auch seinen persönlichen Angriffen gegen Bezirksamtsmitglieder auf den Grund zu gehen. Leider habe der Magistratsvertreter unterlassen, diese Angriffe zurückzuweisen. — Genosse Stadtrat Brühl hielt das nicht für die Aufgabe des Magistrats. Er betonte nochmals, daß das bezüglich des Amtes Tiergarten Behauptete für jetzt nicht zutrifft. — Auch v. Cynern (Dp.) empfand es sehr schmerzhaft, daß der Magistrat nicht für die ihm unterstellten Beamten eingetreten sei. — Nachdem Ortmann (Komm.) die ganze Abbaupolitik in Grund und Boden geredet hat, ließ sich Bürgermeister Scholz dahin

vernehmen, daß die sachlichen und persönlichen Vorwürfe Flatau gegen das Bezirksamt Tiergarten zu Unrecht erhoben schienen und daß ausdrücklich um Zurückverweisung in den Ausschuss, um dort alle diese Klagen und Anklagen gründlich zu untersuchen. Genosse Flatau widersprach dem Antrag auf Zurückverweisung. Er verblieb bei seinen vorherigen Darlegungen und rekapitulierte nochmals alle Schritte, die getan worden seien, um den Magistrat zu den verlangten Nachprüfungen zu veranlassen, ohne daß bis zur jetzigen Verhandlung etwas geschehen sei. Daß zurzeit im Bezirk Tiergarten alles in Ordnung sei, sei nicht ausschlaggebend.

Ein Antrag auf Zurückverweisung wurde mit 79 gegen 73 Stimmen abgelehnt, der Antrag Heimann, für den auch das Zentrum stimmte, mit Mehrheit angenommen. Die Abstimmung über die zur

### Aufwertung von Sparguthaben

gestellten Anträge der Deutschnationalen und anderer Genossen ergab die unveränderte Annahme beider Anträge, nachdem die von den Deutschnationalen beantragte Abschwächung, nämlich die Befreiung der Herabsetzung der Altersgrenze auf 60 Jahre und die Streichung des Wegfalls des Bedürftigkeitsnachweises, mit 103 gegen 89 Stimmen verworfen worden war.

Ein Antrag der Wirtschaftspartei vom 27. November 1924 konstatiert, daß der Magistrat durch Errichtung von Verkaufsstellen aller Art der Berliner Geschäftswelt

### „unzulässige Konkurrenz“

machte und spricht die Erwartung aus, daß umgehend dieser Verkauf eingestellt wird. — Dieselbe Beschwerde erhebt eine Anfrage der Deutschnationalen vom 18. Dezember, die darauf hinweist, daß in den Räumen des Rathauses und des Rathauses eine sogenannte „Gemeinnützige“ — G. m. b. H., Einkaufskommission für Beamte, Angestellte und Arbeiter der Stadt Berlin, ständige Verkaufsstellen für Lebensmittel, Konfitüren, Weine, Textil- und Modewaren unterhält und Waren auch an jedermann abgibt. — Der betr. Sonderausschuss hat am 12. Februar den Antrag abgelehnt. Nach längerer Aussprache, in welcher von den Freunden des Antrages besonders gerügt wird, daß diese von Beamten für Beamte usw. geschaffenen Organisationen keine Gewerbesteuer bezahlen, wurde mit Rücksicht auf die Verhinderung des zuständigen Registrarsvertreter die weitere Beratung zurückgestellt und nachher in Anbetracht des Umstandes, daß sich die Reihen der Versammlung schon bedenklich gefüllt hatten, vertagt. Vorher aber waren noch zwei Dringlichkeitsanträge eingebracht, die die schleunige Erhöhung der Gehälter für die beiden Bürgermeister und den Kammerer fordern. Der eine war von Demokraten, Deutsche Volkspartei, Deutschnationalen und Wirtschaftspartei, der andere von unseren Genossen gestellt. Widerspruch erhob nur Lange (N.), der die Erhöhung der Bezüge der führenden Beamten der Stadt für unerschwerlich erklärte, solange noch die P.M. bestehe, und Gabel (Komm.). Dann gingen beide Anträge an den Haushaltsausschuss. Die Vorlage meener vorläufiger Regelung der Haushaltswirtschaft für 1925 fand ohne Aussprache die Zustimmung der Versammlung. Schluß 159 Uhr.

### Die Stadtbeilage mußte heute aus technischen Gründen weglassen.

### Auch ein Jubiläum.

Ein ebensowenig freudlos als ehrenvolles Jubiläum konnte gestern in Noobit der Schlosser Georg Best feiern. Obwohl er erst 27 Jahre alt ist, war er bereits 24 mal verurteilt, und wurde gestern vom Schöffengericht Mitte zum 25. Male verurteilt. Mehr als ein halbes Leben hat der Angeklagte demnach im Gefängnis und Jugendhaus zugebracht. Gegenwärtig verhaftet er im Jugendhaus in Halle eine Strafe von 3 1/2 Jahren und wurde von dort dem Berliner Strafrichter vorgeführt, um sich wegen eines neuen Einbruchdiebstahls zu verantworten. Eine kurze Freiheitsperiode hatte er in Berlin verlebt. Hier lernte er am Grünen Weg in einem Haderpeter-Lokal ein Mädchen kennen, das dort am Büfett angestellt war. Bald darauf heiratete er, nachdem er sich auf Grund einer Einladung genau über die Verhältnisse der Wohnung unterrichtet hatte, die Geliebte, einzubringen und alles, was er einpacken konnte, mitzunehmen. Es wurden der jungen Dame ihre gesamten Wäsche- und Kleidungsstücke gestohlen. Der Anzeigler war geschädigt und entschuldigte sich nur damit, daß er nicht ganz richtig im Kopfe sei. Er sei auch schon mehrfach in den Jugendhäusern auf seinen Geisteszustand untersucht worden. Das Schöffengericht gab ihm noch eine weitere Zusatzstrafe von einem Jahre Jugendhaus.

## Anthony John.

Roman von Jerome K. Jerome.

1.

Anthony John Strong'nih'arm — so genannt zum Unterschied von dem Vater, der John Anthony hieß — wurde fünfundsiebenzig Jahre vor dem tatsächlichen Beginn dieser Geschichte in einer armenlichen Straße geboren. Die erste halbe Minute seines Lebens verbrachte er auf Frau Plumberys ausgestreckten Hand, lag regungslos da, atmete nicht einmal. Der junge Arzt, der zum erstenmal einer Geburt beimohnte und daher äußerst nervös war, nicht wissend, ob er gegen die Mutter oder das Kind die größere Verpflichtung habe, neigte instinktiv der ersteren Annahme zu. Wachte er doch, daß es im Armenviertel von Willsborough zahllose Kinder gab, die meist nicht besonders erwünscht waren. Die Mutter, eine schmalbüßige Frau mit hohen Backenknochen, lag mit geschlossenen Augen da, ihre langen Finger zupften an der Bettdecke. Der Arzt beugte sich über sie, eine Spritze in der Hand.

Plötzlich vernahm er hinter sich zwei feste Schläge, dem zweiten folgte ein Aufheulen, das trotz seiner Schwäche eine Note der Empörung enthielt. Der Arzt wandte den Kopf. Das Kind strampelte bestig.

„Tun Sie das immer?“ erkundigte sich der junge Arzt. Er war froh, daß ihm als Hebamme Frau Plumbery beistand; sie hatte als erfahrene Frau einen guten Ruf.

„Es belebt die Kinder,“ erklärte Frau Plumbery. „Wahrscheinlich ist es ihnen unangenehm und sie wollen uns dies mitteilen. Und ehe sie zu schreien vermögen, müssen sie in die Lungen Luft einziehen.“

Sie war ein dickes, mütterliches Weib, die Frau eines Kleinbauern, die nur im Winter den Hebammenberuf ausübte. Während der anderen Jahreszeiten, so erklärte sie, war sie mit Schweinen und Geflügel vollauf beschäftigt. Sie liebte alle Tiere.

„Der Kampfinstinkt,“ meinte der junge Arzt. „Wertwüßig, wie rasch er sich bemerkbar macht.“

„Wenn er da ist,“ kommentierte Frau Plumbery, in ihrer Arbeit fortsetzend.

„Ist er denn nicht immer?“ fragte der junge Arzt.

„Rein, nicht immer. Einige legen sich hin, lassen sich von den anderen todtreten. Im vorigen März verlor ich auf

diese Art vier aus einem Wurf von elf. Als ich am Morgen kam, lagen sie tot. Anscheinend hatten sie für sich selbst kein Interesse, sießen sich von den anderen beiseite schieben.“

Das Kind lag nun bequem auf Frau Plumberys rundem Arm, atmete still, hielt die Händchen zur Faust geballt. Der Arzt betrachtete es voller Erleichterung. „Er scheint einen ganz guten Anfang zu machen,“ sagte er.

Frau Plumbery hob mit Daumen und Zeigefinger ein Lid des Kindes hoch, ließ es dann wieder sinken. Das Baby antwortete darauf mit einem zornigen Fuhrtritt.

„Der bleibt auf unserer Erde,“ prophezeite Frau Plumbery. „Hoffentlich wird es ihm hier gefallen. Kann ich ihn in einer halben Stunde zur Mutter legen?“

Die Frau mit den geschlossenen Augen schien die Worte gehört zu haben, denn sie versuchte, die Arme auszustrecken. Der Arzt beugte sich abermals über sie.

„Ich glaube ja,“ erwiderte er. „Ich überlasse es Ihrer Beurteilung. Werden in einer Stunde wiederkommen.“

Der Arzt schlüpfte in seinen Ueberrock. Er warf von der abgekehrten Seite auf dem Bett einen Blick nach dem armen Zimmer, dann schaute er durchs Fenster auf die enge schmuckige Gasse. „Bismillen frage ich mich,“ brummte er, „weshalb die Frauen nicht streifen? Das Ganze aufgeben. Was für einen Sinn hat es für sie?“

Dieser Gedanke war auch Frau Plumbery mehr als einmal gekommen, deshalb empfand sie keineswegs die sittliche Empörung, die sie vielleicht hätte fühlen sollen. „Einige kommen ja weiter,“ entgegnete sie philosophisch. „Und jede Frau glaubt, ihr Fraß werde auf dem Rücken der anderen emporzuklimmen, dafür seien die anderen da.“

„Mag sein,“ sprach der junge Arzt und schloß leise die Tür hinter sich. Frau Plumbery wartete, bis die Frau auf dem Bett die großen Augen öffnete, dann legte sie ihr das Kind in die Arme. „Trink, soviel du kannst, für den Fall, daß es nicht lange anhält,“ rief sie dem Baby, es in die Decke hüllend. Dieses grunzte seine Zustimmung und machte sich an die Arbeit.

„Ich betete, daß es ein Junge sein möge,“ flüsterte die Frau. „Er wird in der Werkstatt helfen können.“

„Beien schadet nichts,“ meinte Frau Plumbery. „Bismillen werden wir auch erhört, und man hat immerhin das Gefühl, sein möglichstes getan zu haben. Lassen Sie sich nicht ganz ausfaugen, das darf man nicht dem Gewissen der Kinder überlassen.“

Die Frau zog das Kind fester an die blasse Brust. „Er

soll stark werden,“ flüsterte sie. „Es ist eine böse Welt für die Schwachen.“

In ihrer ganzen langjährigen Erfahrung hatte Frau Plumbery nie ein Kind gesehen, das so schwer zu entwöhnen gewesen wäre. Hätte das Kind nur mit seiner Mutter zu tun gehabt, Gott weiß, wie die Sache ausgegangen wäre. Aber Frau Plumbery empfand für ihre „Fülle“ ein Interesse, das nicht nur finanziell war, und sie behielt sie im Auge, bis man ihrer Hilfe nicht mehr bedurfte. Sie mußte zugeben, daß Anthony John ein guter Kämpfer sei. Als er dann schließlich erkrankte, daß er einen übermächtigen Gegner vor sich habe, war es für ihn charakteristisch — dies sollte die Zukunft beweisen — wie plötzlich er nachgab und ohne weiteren Lärm seine ganze Energie der Flasche zuwandte. Auch war es charakteristisch, daß er, sobald er seine Niederlage erkannte, dem Sieger nichts nachtrug.

„Du bist ein guter Berliner,“ sprach Frau Plumbery, als das Kind, ohne weiteren Protest den Gummilutcher annehmend, zu ihr aufschielte. „Vielleicht wirst du auch ein guter Gewinner werden. Das geht meistens zusammen.“ Sie beugte sich nieder und gab ihm einen Kuß, was bei Frau Plumbery ein Zeichen außergewöhnlicher Rührung war. Anthony John besaß das Talent, sich bei Menschen beliebt zu machen, besonders bei Leuten, die ihm nützlich sein konnten.

Es deutete ein seltsames Spiel der Natur, daß er, das Kind eines schmalbrüstigen Vaters und einer schlachbüßigen Mutter, so stark und so gesund war. Er wimmerte nicht, wenn man ihm nicht den Willen tat — und er wollte stets den eigenen Willen durchsetzen, und zwar rasch —, sondern brüllte aus Leibesträften. Bei Tag gelang es, ihn schnell zu beruhigen; er lachte und trachte, streckte das Händchen aus, um die Wangen zu streicheln, die ihm am nächsten war. Bei Nacht jedoch konnte man nicht so leicht mit ihm fertig werden. Der Vater suchte verschlafen; wie kann er tagsüber seine Arbeit tun, wenn er Nacht um Nacht aufgewacht wird? Die anderen Kinder weinten ganz leise, dabei konnte ein Mensch schlafen. „Die anderen Kinder“ waren zwei Mädchen gewesen, von denen das eine mit drei Jahren, das andere im Alter von einigen Monaten gestorben war.

„Das kommt daher, weil er stark ist,“ erklärte die Mutter. „Es tut seinen Lungen gut.“

„Und meinem schwachen Herzen?“ murrte der Mann. „An mich denkst du nicht. Jetzt würde auch die Zukunft nichts weiter sein, als der Gedanke an die Not. Es dreht sich alles nur um ihn.“

(Fortsetzung folgt.)





# Wirtschaft

## Ostwerke-Schultheiß-Konzern.

Die jährliche Produktionsfähigkeit von über vier Millionen Hektoliter Bier und das Spritzkonzentrat von über einer Viertel Million Hektoliter reinen Alkohols kennzeichnen die Größe und beherrschende Stellung dieses Großkonzerns der deutschen Bier- und Spritindustrie. Ein Bild über die innere Struktur und tatsächliche Ausdehnung des Konzerns geben aber erst die Geschäftsberichte der drei großen Konzerngesellschaften des Konzerns, die jetzt mit den Reichsmarkteröffnungsbilanzen zum 1. September 1924 veröffentlicht worden sind.

Nach diesen Berichten beträgt das heutige Goldkapital einschließlich der offenen Reserven bei den Ostwerken 29,15 Millionen gegenüber Kapital und Reserven 1914 mit 9,95 Millionen, bei den Schultheiß-Pagendorfer Brauereien 28,5 Millionen gegenüber 31,2 Millionen Kapital und Reserven 1914 und bei der Kahlbaum L.G. heute 23,1 Millionen gegenüber 8,7 Millionen 1914. Bei dem Gesamtkonzern also 80,55 Millionen gegenüber 49,4 Millionen 1914. Die drei Konzerngesellschaften haben also während des letzten Jahres mit Alkohol gefüllten Kriegen und während der nicht ohne Alkohol überwundenen Inflation ihr Kapital im Gegensatz zu vielen anderen Industrieunternehmen nicht nur erhalten, sondern noch um 60 Prozent vermehrt.

Das war allerdings nicht ohne schwere Blutabzapfung bei den ohnehin durch das Sprit- und Bierkapital geschöpften Konsumentenmassen möglich. Während nämlich die Ostwerke 1922 noch 150 (allerdings Papiermillionen) Obligationen, Schultheiß-Pagendorfer 152 und die Kahlbaum L.G. über 100 Millionen Obligationen auswies, sind 1924 insgesamt noch nicht 2 Millionen Goldmarkobligationen daraus geworden, und während 1914 für die Ostwerke (0,5) und für Schultheiß-Pagendorfer (8,4) allein fast 9 Millionen Goldmarkhypotheken zu verzinsen und zu tilgen waren, erscheinen in den Eröffnungsbilanzen des Konzerns heute insgesamt nur noch 1,14 Millionen Hypothekenschulden. Die Konsumentenmassen, die ja auch zugleich die Obligationen- und Hypothekengläubiger sind, haben also nicht nur das Bier- und Spritkapital des Konzerns mit den nötigen Dividenden ausgestattet, sondern auch mit mehrfachen 10 Millionen das Kapital des Konzerns vergrößert.

Dah es sich tatsächlich um Kapitalgewinne aus der Inflationswirtschaft handelt, durch welche die riesige Ausdehnung des Konzerns erst ermöglicht wurde, beweist die Tatsache, daß die Reife der drei Gesellschaften zum konzernmäßigen Zusammenschluß erst 1921 eintrat und daß die hauptsächlichsten Erweiterungen der drei Gesellschaften erst kurz vor oder kurz nach dem konzernmäßigen Zusammenschluß 1921 erfolgt sind. Was die Konzerngesellschaften mit den ihnen von den Inflationsverantwortlichen geschenkten mehrfachen zehn Millionen angefangen haben, weisen die Beteiligungs- und Wertpapierposten in den Eröffnungsbilanzen aus. Die Beteiligungen und eigenen Effekten, die fast ausschließlich Aktienpakete an vom Konzern beherrschten Unternehmungen darstellen, sind bei den Ostwerken mit 26,6, bei Schultheiß-Pagendorfer, die reine Produktionsgesellschaft geblieben sind, mit 0,03 und bei der Kahlbaum L.G. mit 7,8, zusammen 34,4 Millionen ausgewiesen. Dabei sind diese Beteiligungen und Effekten, wie die Goldwertungsberichte einheitlich hervorheben, weit unter dem wirklichen Werte angelegt; wie zum Beispiel der Umstellungsbericht der Schultheiß-Pagendorfer-Gesellschaft ausführt, nach vorsichtiger Schätzung zu darunter liegenden Beträgen, auf die dann noch eine weitere Abschreibung erfolgt ist. In den Beteiligungen und Effekten stehen also sehr beträchtliche stille Reserven, die den Wert des ausgewiesenen neuen Goldkapitals des Konzerns bedeutend erhöhen.

So ist es auch nicht verwunderlich, wenn der Bier- und Spritkonzern trotz aller Klagen über zu hohe Steuerbelastung und über den schlechten Geschäftsgang während der Inflationszeit nicht nur überhaupt, sondern auch eine höhere Dividende ausschüttet, als sie bisher von ähnlichen Industrieunternehmen verteilt worden ist. Sie beträgt auf das neue Goldkapital 10 Proz. Allerdings scheint der Reingewinn beträchtlich höher zu sein, wenn vielleicht auch die bombige Friedensdividende von 20-25 Proz. des Bier- und Spritkapitals noch nicht erreicht worden ist; aber aus Gründen „vorsichtiger Gewinn- und Bilanzierungspolitik“ wurde von der Verteilung des Reingewinns Abstand genommen unter dem Vorzeichen an die Aktionäre, daß der Reingewinn ihnen für die Zukunft reserviert bleibe.

Interessanter noch als diese äußeren Bilanzdaten sind die inneren Wandlungen, die die Konzerngesellschaften seit 1914 erfahren haben und der innere Aufbau des Gesamtkonzerns. Am einfachsten liegen die Verhältnisse bei der Schultheiß-Pagendorfer-Brauerei-Gesellschaft. Schultheiß und Pagendorfer waren schon 1914 große Brauereien mit starkem eigenen Ausschanknetz in Groß-Berlin, eigenen Mälzereien und zahlreichen Niederlassungen in der Provinz. Sie haben sich zunächst jede für sich beträchtlich erweitert und schließlich 1921 unter Ausschluß der Liquidation für Pagendorfer die Fusion vollzogen. Schultheiß-Pagendorfer hat heute mehr als ein Duzend eigene

Produktionsabteilungen mit über 5000 Arbeitern, ein halbes Duzend eigene Mälzereien, ein gemaltiges Ausschanknetz in Brandenburg und über 100 Niederlassungen in der Provinz. Außerdem ist sie seit dem 14. November 1922 durch einen Interessengemeinschaftsvertrag auf der Grundlage gemeinsamer Gewinnverteilung mit der Pschorrbräu L.G. München verbunden, mit der sie ihren Gewinnanteil am Bier- und Spritkonzern im Verhältnis 100:12 teilt. Eine Abänderung des Interessengemeinschaftsvertrages ist beabsichtigt. Ihren Flaschen- und Kasserbedarf kann sie in vom Konzern (Ostwerke) beherrschten Glashütten und Fassfabriken vorteilhafter als ihre Konkurrenz decken.

Anders bei der Ostwerke und Kahlbaum L.G. Die Schaffung des Reichsbrandweinmonopols hat diese beiden Gesellschaften auf vollständig neue Grundlagen gestellt. Ursprünglich auf Spritrefinerie, Hefeherstellung und Produktenthandel eingerichtet

## Postabonnenten

Damit die regelmäßige Zustellung des „Vorwärts“ im nächsten Monat keine unliebsame Unterbrechung erleidet, bitten wir unsere Postabonnenten, das Abonnement bei dem zuständigen Postamt sofort zu erneuern.

Vorwärts-Verlag G. m. b. H.

(letztere besonders bei den Ostwerken), verkauften sie ihre Spritrefinerien an die Reichsmonopolverwaltung und warfen sich auf neue Produktionszweige. Die Ostwerke hauptsächlich auf den Ausbau des landwirtschaftlichen Produktenthandels, die Versorgung der Landwirtschaft mit Futtermitteln, Dünger, Sämereien und landwirtschaftlichen Maschinen, auf die Bier- und besonders Hefeherzeugung, in der die Ostwerke L.G. sich heute nach dem Aufblühen des Hefeindusies stark genug glaubt, die Konkurrenz der übrigen Hefeherzeuger niederzukämpfen zu können. Die Kahlbaum L.G. wendete sich der intensiven Spritverarbeitung in hochwertigen Likörprodukten zu, verkaufte ihre chemischen Fabriken (Waldershof) und ihre Beteiligungen an solchen, die nur zur Weiterverarbeitung der Nebenprodukte aus der Spritrefinerie für sie Sinn hatten, an die Oberschlesischen Kalkwerke und chemische Fabriken gegen ein Aktienpaket derselben und gliederte sich einen ausgedehnten Weinhandel an, der sich auf der Weingrundlage der Kahlbaum-Liköre schnell über ganz Deutschland ausbreiten konnte.

Außer ihren eigenen Betrieben verfügt die Ostwerke L.G. heute durch Boll-, Majoritäts- oder erheblichen Teilbesitz über sechs Brauereien (sämtlich 1919 bis 1921 erworben) wenigstens vier Hefeabriken, ein halbes Duzend Großgeräde- und Delmühlen, mehrere Produktionshandelsunternehmen mit Import- und Transitniederlassungen in Hamburg und Rotterdam, Mainzheim und München, sowie einer Handelszentrale (Kap. v. Raumann L.G. in Götting), über die Produktion zweier Glashütten und einer Fassfabrik und zwei Fabriken landwirtschaftlicher Maschinen. Sie ist die ausgesprochene Holding- und Finanzgesellschaft des Gesamtkonzerns, und wie von ihr 1920/21 die Initiative zur Bildung des Bier-Spritkonzerns ausgegangen ist, so ist sie auch das organisatorische Zentrum des Gesamtkonzerns. In ihren Beteiligungen stecken auch jene Aktien der schlesischen Porzellan- und Zementindustrie, deren fünf große Werte sie zu 90 Proz. beherrscht, um, wie sie mit Stolz hervorhebt, das Risiko des Bier- und Spritkonzerns durch Verankerung in gänzlich konzernfremden Industrien besser zu verteilen.

Die C. A. F. Kahlbaum L.G. besitzt 2 Likör- und Effigefabriken ganz, verfügt über drei weitere durch namhafte Beteiligungen, hat in Speyer die Brauereigesellschaft „Zur Sonne“ angekauft und die Wein- und Fruchtbaubanks des Rheinlands zur Likörfabrikation ausgenutzt; sie beherrscht zwei Weingroßhandelsfirmen in Hattenheim a. Rhein und München ganz, mehrere andere zum Teil und hat namhafte Beteiligungen an Seiffelerei, Hotel, Südwineimport- und Brauereigesellschaften.

Seit März/April 1921 nun sind die drei Gesellschaften durch einen Interessengemeinschaftsvertrag zunächst auf 60 Jahre auf der Grundlage gemeinsamer Gewinnverteilung zusammengeschlossen. Wenn der Vertrag nicht gekündigt wird, läuft er automatisch jeweils auf 10 Jahre weiter. Was die Ausbeutung des Massenkonsums an Bier, Likören und Rohungsmitteln durch den Gesamtkonzern erbringt, wird mit 70 Proz. an die Aktionäre der Ostwerke und der Kahlbaumgesellschaft, zu 30 Proz. an die Schultheiß-Pagendorfer Aktionäre verteilt. Diese Gewinnausschüttung wird auch bald wieder die Friedenshöhe von 20-25 Proz. Dividende erreichen, wie die Ausschüttungsräte zuversichtlich ihren Aktionären versprochen konnten. Dann wird die deutsche Deffentlichkeit die beschämende Tatsache erleben, daß ein einziger Konzern scheinbar ein Viertel bis ein Drittel seines 80-Millionenkapitals seinen Aktionären als Dividende ausschütten wird; eine Tatsache, die auch die deutsche Arbeiterschaft mehr als bisher wahrnehmen sollte.

## Mechanisierung der Bergarbeit in Amerika.

Die kürzlich von dem geologischen Institut der Vereinigten Staaten veröffentlichten Ziffern über die Anwendung von Maschinenkräften in Bergbaubetrieben zeigen einen bemerkenswerten Aufstieg der maschinellen Kohlegewinnungstechnik. Es wurden gewonnen:

	in Prozenten der Gesamtförderung		
	1921	1922	1923
Durch Handarbeit . . . . .	15,8	18,8	17,6
Durch Schieken aus dem Ganzen	13,0	14,2	12,5
Durch Maschinenbenutzung . . . . .	68,8	68,2	69,9

Insbesondere sind es die großen Konzerne, die wegen ihrer gesteigerten Kapitalkraft mehr und mehr zum Maschinenbetriebe übergehen. Das Leistungsergebnis pro Mann und Schicht wird durch die vermehrte Anwendung von Maschinen naturgemäß beträchtlich gesteigert. Es beträgt nach den Ziffern des genannten Instituts in den Werken mit vorwiegend Handarbeit 3,6 Tonnen, dort, wo vorwiegend aus dem Ganzen geschossen wird, 3,7 Tonnen und bei überwiegender Maschinenarbeit 4,4 Tonnen, die Tonne zu 907,2 Kilogramm.

• Kommt System in die Amerikakredite? In der letzten Zeit ist ganz deutlich eine Stodung in die Beschaffung amerikanischer Kredite für Deutschland gekommen. Langfristige Staats- und Kommunalkredite zur Ausdehnung der öffentlich wirtschaftlichen Betätigung, Hypothekenkredite zur Intensivierung der Landwirtschaft und zur Förderung des Wohnungsbaus, auch Auslandskredite für die Privatwirtschaft, die eine absolute Notwendigkeit für die deutsche Volkswirtschaft sind, sind so gut wie gar nicht mehr erreichbar gewesen. Dagegen ist die deutsche Privatwirtschaft in so gefährlicher Weise mit kurzfristigen Auslandskrediten angefüllt, daß die deutsche Bank- und Kreditorganisation auf das äußerste gefährdet werden würde, wenn ein größeres Fallissemment in Deutschland plötzlich zur Abrufung aller kurzfristigen Gelder des Auslands führen würde. Nun verläutet aus New York, daß der amerikanische Vertreter im Direktorium der Reichsbank, McBarra, mit Informationen nach Deutschland reise, die wesentlich zur Lösung der finanziellen Probleme in Deutschland beitragen sollen. Direktoren der Deutschen und der Dresdner Bank sollen in New York auf die Gefahren der kurzfristigen Kredite hingewiesen haben. Es wäre zu begrüßen, wenn die Beschaffung großer langfristiger Kredite besonders für die öffentlichen Körper auf diesem Wege bald möglichst systematisiert und gesichert würde.

## Die schwerste Krafttradprüfung

des Kontinents, die Deutschlandfahrt, endete am 12.3. in Köln. 3000 km betrug die zurückgelegte Strecke, die unter unglücklichen Schwierigkeiten: schlechte Straßen, Regen, Eis und Schnee in 12 Tagen ausgefahren wurde. Einen großen Anteil am guten Gelingen der Veranstaltung hatte der „Continental-Reifen“, der ganz hervorragend abschnitt.

### Sieger im Gesamtklassement

mit 0 Strafpunkten:  
Geiss auf D. K. W. mit Continental  
Kolmsperger auf Zündapp mit Continental  
Brudes auf Viktoria mit Continental

Außerdem errangen

die auf „Continental“ gestarteten Fahrer dank der außerordentlichen Zuverlässigkeit des Reifens

**8 erste**  
**5 zweite**  
**6 dritte**  
Klassenpreise

Ein Fabrikat, das solche harten Prüfungen so glänzend besteht, darf auch für Sie nur in Frage kommen.

Fahren Sie

**Continental**  
Krafttradreifen



# Unbeständiges Wetter - Gleichbleibende Qualitäten

Damen-Lackeinspangenschuh  
moderne Form, halbhohler Absatz, und

Damen - echt  
Chevreau-Schuh

mit durchbrochener Spange,  
ha braunde, moderne Form,  
echt Louis XV.-Absatz.....

**11,50**

Herrn-Besatzstiefel  
ginal-Goodyear-Welt, moderne elegante Form, und

Herrn - Halb-  
schuh  
braun Rind-  
box, Original-  
Goodyear Welt, neue spitze-  
runde Form.....

**13,90**

**Reiser**

Leiden Sie  
an den Füßen?

Dann lassen Sie sich durch unsere  
Arzte kostenlos untersuchen.

**Morfium**  
Schloß Rheinblick,  
Godesberg/Rhein.  
Dr. Mueller-Roland,  
seit 1899.

Eukodal, Pantoon-  
usw. Kokain-  
Entwöhnung  
Prospekt frei

**Alcohol**

Gegen das Steuerunrecht.

Steuerdebatte im Reichstag. - Die Sozialdemokratie für gerechte Verteilung. - Die Reichsregierung wehrt sich.

Der Reichstag verlagte gestern die Genehmigung zur Vernehmung des Abg. Scheidemann (Soz.) als Zeugen vor dem Schwurgericht in Weimar. Dagegen wurde die Genehmigung zur Vernehmung der Abg. Stämpfer und Braun (Soz.) im Rothardt-Prozess in Magdeburg erteilt.

Abg. Bell (Z.) stellte als Berichterstatter fest, daß im Rothardt-Prozess das öffentliche Interesse an der Klarstellung der Vorgänge so groß sei, daß auch die Reichstagsabgeordneten während der Parlamentszeit als Zeugen vernommen werden müßten.

Der Notetat.

Auf der Tagesordnung steht dann die zweite Lesung des Notetats für 1925. Der Ausschuss hat der Vorlage zugestimmt.

Abg. Stücken (Soz.) berichtet über die Ausschussverhandlungen. Der Ausschuss empfiehlt die Annahme einer Entschließung, die die Reichsregierung ersucht, bei der Umstellung der Deutschen Werke alle Maßnahmen zu ergreifen, die bei möglicher Erhaltung der Arbeitslosigkeit geeignet sind, die Reichsinteressen in vollem Umfang zu wahren. Die für diese Umstellung unerlässlichen Mittel sollen von der Reichsregierung mit Genehmigung des Haushaltsausschusses des Reichstags zur Verfügung gestellt werden.

Eingegangen ist ein sozialdemokratischer Antrag, in der Steuerreformordnung den Steuerfreien Lohn- und Gehaltsbetrag von 60 auf 100 M. zu erhöhen.

Abg. Stöcker (Komm.) beantragt ein Mißtrauensvotum gegen die Reichsregierung.

Präsident Lohse stellt fest, daß über den kommunikativen Mißtrauensantrag erst am Freitag entschieden werden kann.

Der Notetat wird darauf mit seinen wesentlichen Bestimmungen in zweiter Lesung angenommen.

Abg. Meier-Baden (Soz.):

Wir müssen zunächst feststellen, daß 11 Monate des Etatsjahres 1,3 Milliarden mehr an Steuern erbracht haben, als im Gesamtetat für 12 Monate vorgesehen war. (Hört, hört! bei den Sozialdemokraten.) Wie war das möglich und aus welchen Steuerquellen sind diese 1,3 Milliarden Uberschuß geflossen? Bei Prüfungen des Etats ergibt sich, daß Lohn- und Umsatzsteuer, Zölle und Verbrauchssteuern nahezu reißlos den Uberschuß deckten. Wenn wir den Monat März noch hinzunehmen, so werden wir feststellen können, daß allein die Lohnsteuer den Etat der Einkommensteuer decken dürften und daß das Aufkommen der nicht Lohn- und Gehaltsempfänger gar nicht mehr dazu notwendig ist. Von Monat zu Monat mit einer einzigen Ausnahme ist fortgesetzt eine gesteigerte Einnahme aus der Lohnsteuer erzielt worden. Im April 1924 erbrachte sie 79,5 Millionen, im Januar 1925 126 Millionen. (Hört, hört! bei den Sozialdemokraten.) Der Steuerfiskus hat also ohne Rücksicht auf die Gestaltung der Lebenshaltung den Lohn- und Gehaltsempfängern das bisherige, was sie sich an Löhnen im Laufe des Jahres erlängten hatten, weggeklaut. Das ist sozial und steuerrechtlich ein unerträgliches Zustand. (Beifall bei den Sozialdemokraten.) Unser Antrag hat den Zweck, diesen Zustand zu beenden. Auch das Organ Stegerwalds, 'Der Deutsche', hat u. a. geschrieben, daß ein Etat der zu 45 Proz. aus Verbrauchs- und Lohnsteuern gedeckt werde, auf die Dauer eine Normalität sei. Wir hoffen, daß das Zentrum daraus die Konsequenzen bei der Abstimmung ziehen wird.

Im Ausschuss hat der Staatssekretär Dr. Poppe dargelegt, wie sich die zukünftige Finanzgestaltung des Reiches in der Steuerreformgebung aufbauen soll. Das Finanzministerium will sämtliche Kapitalsteuern abbauen, es denkt dagegen nicht daran, die Freigrenze der Klassen der Lohn- und Gehaltsempfänger heraufzusetzen. (Hört, hört! bei den Sozialdemokraten.) Der Staatssekretär erklärte damals, daß der sozialdemokratische Antrag, die Freigrenze von 60 auf 100 M. festzusetzen, einen Steuerzuwachs von 600 Millionen bedeuten würde, den das Reich jetzt nicht tragen könnte. Was hätte das Finanzministerium gemacht, wenn nicht die 1,3 Milliarden ankommen wären? Bei der Einkommensteuer haben wir es mit einer Uberspannung der Steuerkraft unseres Volkes zu tun. Ohne Rücksicht auf die Lebensbedingungen wird von dem, was einer mehr als 60 M. verdient, Einkommensteuer erhoben.

Die 600 Millionen, die Herr Poppe als Ausfall errechnet hat, werden der Kaufkraft der breiten Schichten unseres Volkes entzogen.

Das geradezu grausame Unrecht der jetzigen Lohnsteuer besteht darin, daß man ohne Rücksicht darauf, ob der Lohn- und Gehaltsempfänger das ganze Jahr in Arbeit steht und ein bestimmtes Einkommen hat, ihn in dem Augenblick zur Einkommensteuer heranzieht, wo er über die Freigrenze hinaus verdient hat. Wir wollen mit unserem Antrag dieses Unrecht beseitigen, und wenn Sie Verständnis für das soziale und steuerliche Unrecht haben, das im gegenwärtigen Einkommensteuerverfahren vorhanden ist, werden Sie unserem Antrag zustimmen. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Reichsfinanzminister v. Schlegel: Der Antrag will eine Frage regeln, die ein Kernstück des großen Steuerprogramms der Regierung ist, das in nächster Zeit erledigt werden soll. Es scheint mir nicht angängig, eine allerdings sehr wichtige Frage aus diesem Steuerprogramm vorweg zu nehmen, und in ein Gesetz hineinzubringen, das nur auf drei Monate beschränkt ist. Dazu kommt, daß die Einkommensteuer zu 90 Proz. den Ländern zuzuflehen. Wird der Antrag angenommen, so werden die Einkommen der Länder und Gemeinden so beschränkt, daß sie ihre öffentlichen Aufgaben nicht mehr erfüllen können.

Die Landesregierungen würden daher genötigt sein, im Reichstag den Beschluß zu fassen, daß gegen diesen Notetat Einspruch erhoben wird.

Bei der Geschäftsloge des Hauses glaube ich annehmen zu sollen, daß dann die Beratschlagung des Notetats nicht mehr vor dem 1. April möglich sein wird.

Abg. Dr. Brüning (Z.): Durch neue Ausgaben und die geplante Herabsetzung der Verbrauchssteuern ist die Gefahr einer größeren Belastung der breiten Massen gegeben. Diese Frage, insonderheit die der Lohnsteuer muß erst befriedigend gelöst werden, ehe wir uns mit diesen Steuerplänen der Reichsregierung befassen können.

Abg. Dr. Herz (Soz.):

Wir bedauern die Erklärung der Reichsregierung. Sie zeigt klar, daß sie sich nicht mehr an die Versprechungen gebunden erachtet, die in der offiziellen Erklärung der Reichsregierung abgegeben worden sind. Das Reichsfinanzministerium sieht der ständig steigenden Belastung der Lohn- und Gehaltsempfänger ruhig zu. Das Entscheidende ist, daß die Lohnsteuer nicht nur größere Erträge bringt, weil die Zahl der Erwerbslosen oder der Kurzarbeiter zurückgeht oder weil etwa die Löhne steigen sind, sondern vor allem deshalb, weil der Prozentfuß, der auf dem Lohn als Steuer ruht, außerordentlich stark angewachsen ist. Wenn unser Antrag erst dem Steuerauschuß überwiegen wird, so bedeutet das, daß die Lohnsteuer in einer zu Unrecht heraufgehobenen Höhe noch auf viele Monate hinaus erhoben wird. Bei den

Veranlagungspflichtigen ist ohne weiteres die Möglichkeit gegeben, die durch Vorauszahlungen zuviel erhobenen Beträge bei der endgültigen Verrechnung anzurechnen. Bei der Lohnsteuer ist das nicht der Fall. Wir haben technisch keine Möglichkeiten, rückwirkend eine Senkung der Lohnsteuer in Kraft zu setzen. Der Einwand, daß die Länder und Gemeinden durch die Senkung der Lohnsteuer in Schwierigkeiten kommen, ist nicht stichhaltig. Die Lohnsteuer bringt über Erwarten hohe Erträge, mit denen auch die Länder nicht rechnen konnten und auf die sie keinen Anspruch haben. Ihnen solche Erträge auf ewig garantieren zu wollen, das heißt doch, daß die Lohnsteuer überhaupt nicht ermäßigt wird, weil die Länder und Gemeinden auf diese Erträge angewiesen sind. Unser Antrag liegt dem Reichstag bereits jetzt fast drei Monaten vor. Die sozialdemokratische Fraktion hat mehrfach den Versuch gemacht, die Regelung dieser Frage durchzusetzen, sie hat dabei keine Unterstützung gefunden. Auch das Reichsfinanzministerium hat in seinen Steuerplänen nicht einen einzigen Vorschlag über die Senkung der Lohnsteuer gemacht. Es kommt jetzt nicht darauf an, wer zuerst auf die unsozialen Wirkungen der Lohnsteuer aufmerksam gemacht hat, sondern darauf, wer jetzt das ungeheure soziale Unrecht der Lohnsteuer und damit die scharfe Erbitterung beseitigen hilft. (Beifall bei den Soz.)

Abg. Dr. Scholz (Dp.): Wir sind damit einverstanden, daß der Antrag ganz selbständig neben das Gesetz gestellt und dann dem Steuerauschuß überwiesen wird.

Abg. Dr. Fischer-Röhl (Dem.) stimmt grundsätzlich dem sozialdemokratischen Antrag zu. Der Steuerauschuß sollte sich noch damit beschäftigen.

Abg. Reil (Soz.):

Der Abg. Dr. Fischer-Röhl hat vorhin mit Recht betont, daß vorwiegend formale Einwände gegen den Antrag erhoben werden. Wir wollen diesen formalen Einwänden Rechnung tragen und uns damit einverstanden erklären, daß der Antrag getrennt von dem Notetat weiter behandelt und erledigt wird. Wir gehen aber davon aus, daß dieser Antrag als selbständiger Antrag schon jetzt an den Steuerauschuß überwiesen und dort möglichst schon morgen vorläufig beraten wird. Es handelt sich um folgendes: Lieber die Dringlichkeit und soziale Notwendigkeit der erstrebten Ermäßigung der Lohnsteuer ist wohl nichts weiter zu sagen. Wir sind der Meinung, daß die Ermäßigung, über die im Reichstag eine Uebereinstimmung zu erzielen ist, mit dem 1. April in Kraft treten muß. Das kann ohne große technische Schwierigkeiten ermöglicht werden. Erinnern wir uns doch, daß in der Zeit der Inflation von Woche zu Woche immer in einer Frist von einigen Tagen Änderungen in der Höhe dieser abzugsfähigen Lohnanteile vorgenommen worden sind. Wenn das damals in so kurzen Fristen möglich war, dann wird es auch jetzt in einer Frist von 10 bis 12 Tagen möglich sein, die Vorbereitungen zu einer veränderten Berechnung der Lohnsteuer zu treffen. Wollen wir dieses Ziel aber erreichen, dann muß die sofortige Beweissung des Antrags an den Ausschuss erfolgen.

Der Antrag Müller-Franken (Soz.) wird dem Steuerauschuß überwiesen.

Bei der nun folgenden dritten Beratung des Notetats stimmt

Abg. Dismann (Soz.):

der Berechtigung von Mitteln für die Deutschen Werke zu. Die Entschließung laut aber nicht, wie die Umstellung der Deutschen Werke geplant ist. Wir stellen die möglichste Erhaltung der Arbeitsplätze und die volle Wahrung der Reichsinteressen in den Vordergrund. Die Arbeitslosigkeit hat leider heute noch einen so großen Umfang, daß wir jede Arbeitsmöglichkeit aufrecht erhalten müssen. Gegenüber einer zum Teil überwältigenden Kritik der bürgerlichen Presse muß hier folgendes in den Vordergrund gestellt werden. Beim Kriegsausbruch mußten die Reichswerke, angefangen von der Reichswerft in Kiel bis zu den Munitionsfabriken im Lande auf die Friedensproduktion umgestellt werden. Wir haben das durchaus begriffen und wem darum zu tun ist, daß die Arbeit wirkliche Werte schafft, mußte die Umstellung zur Friedensproduktion akzeptieren. (Sehr wahr bei den Soz.) Aber man darf bei den Deutschen Werken nicht vergessen, unter welcher erswernden Umständen sich die Umstellung vollziehen mußte. Es kam in erster Linie darauf an, zu vermeiden, daß die 50 000 Arbeiter und Angestellten auf das Straßenspaster flüchten. Man muß zugeben, daß die Umstellung im großen und ganzen gelungen ist. Nicht weniger als 25 000 Maschinen mußten auf Anordnung der internationalen Kommission vernichtet werden. Auf Grund der gleichen Anordnung wurden in Erfurt 4000, im Werk Hofschloß 2000 Arbeiter und Angestellten entlassen. Weiter ist zu beachten, daß die Umstellung sich in den schwersten Krisen- und Inflationsjahren vollzogen. Die Arbeiter und Angestellten, für die wir einzutreten als unbedingte Pflicht empfinden, haben im Laufe dieser Jahre außerordentlich leiden müssen. Ein Teil der Werke mußte vollständig stillgelegt werden. Wir sind verpflichtet für die Arbeiter und Angestellten, die zu der Umstellung beigetragen und in den schweren Jahren so gelitten haben, doppelt einzutreten.

Der nicht stillgelegte Teil der Betriebe der Deutschen Werke steht durchaus musterhaft da.

Von keiner Seite können ihre technischen Leistungen angezweifelt werden. Ich weise besonders auf das Werk in Spandau hin, ob es sich nun um Autobus oder um Halbzugfabrikate oder um verfeinerte Waren handelt, aber auf das Werk Haffelhorst mit seinen erschöpfenden Motorträgern oder auf Kiel, wo der Bau von Dieselmotoren als namhaft anerkannt ist. Ferner das Werk Ingolstadt mit seinen Spinnmaschinen, Amberg mit dem Bau von Werkzeugen, Siegburg mit seiner Halbzugfabrikation. Wenn mir zugerufen wird: Mit Zuschüssen, so frage ich, ob jemals ein Beispiel dafür da ist, daß etwas aus dem Boden gestampft werden konnte. Die Objektivität verlangt, festzuhalten, daß die Deutschen Werke eine vollständige Umstellung vornehmen mußten. (Sehr wahr! bei den Soz.) Sie hatten wohl Werkzeuge und Betriebsanlagen, aber ihnen fehlte nicht nur das Betriebskapital, sie standen, wirtschaftlich betrachtet, vor einem Nichts. Ihnen fehlte jede Geschäftsbeziehung, alle Produktionszweige mußten neu aufgebaut werden. Das ist doch ein weitestgehender Unterchied gegenüber anderen Betrieben, die vor dem Kriege jahrzehntelang produziert und ihre Beziehungen hatten. Sie konnten nach dem Kriege daran anknüpfen, während bei den Deutschen Werken sich ein vollständiger Neuaufbau vollziehen mußte. Außerdem mußten doch 25 000 wertvolle Werkzeugmaschinen zerstört und zerstreut werden.

Ist es ein Verwurf, wenn jetzt die Deutschen Werke Betriebskapital notwendig haben? Auch die I.G., die Siemens-Werke, der Hanse-Konzern, also die finanziell am besten fundierten Werke mußten nach Abschluß der Inflationsperiode sich Kredite für Betriebskapital zu verschaffen lassen. Da die Deutschen Werke mit dem Reich in Verbindung stehen, so ist doch nichts Selbstverständlicher, als daß auch das Reich zur Fortsetzung seiner eigenen Betriebe das dazu notwendige Betriebskapital stellen muß. Es ist deshalb durchaus falsch, zu behaupten, als

ob die Betriebe, bei den Deutschen Werken eine Friedensproduktion in gemeinwirtschaftlichem Sinne auf eine bestimmte Höhe zu bringen, fehlgeschlagen seien. Bei der Annahme des Antrages des Ausschusses stellen wir noch folgendes in den Vordergrund.

Es wäre der größte Fehler, das heute zusammengefaßte Gebilde in einzelne Teile zu zerlegen. Der Vorteil der Produktion liegt in erster Linie in ihrer Konzentration unter einer Leitung. (Sehr wahr! bei den Soz.)

Es kann auch keine Rede davon sein, daß sich etwa das Privatkapital auf Hinterwegen Eingang verschafft, um zur Mehrheit der Aktien zu gelangen und dann die ungeheuren Werte, die in den Deutschen Werken ruhen, für sich zu beanspruchen.

Die Deutschen Werke müssen in Reichsbefehl bleiben, sie dürfen nicht in die gierig ausgestreckten Hände des Privatkapitals gelangen. (Sehr wahr! bei den Soz.)

Es muß ferner an die einzelnen Ressorts der Regierung die Mahnung gerichtet werden, die Deutschen Werke auch mit Aufträgen der einzelnen Reichsbetriebe zu bedenken. Die Reichsweisenbahnverwaltung, die Postverwaltung und viele einzelne Zweige der Einzelindustrie oder auch der Reichsflotte der Deutschen Werke bei ihren Aufträgen nicht ignorieren. Wir haben leider in den letzten Jahren die Erfahrung machen müssen, daß das geschehen ist. Als noch dem Kriege die deutsche Handelsflotte wieder aufgebaut werden sollte, sind die Werften in Kiel und Rostock völlig ignoriert worden, obgleich das Reich die Mittel für den Wiederaufbau der Handelsflotte gegeben hat. Wir können also der Entschließung zu leben oder in ihr eine bestimmte Gefahr im Hintergrunde lauern. Wir wünschen, daß das Reich die notwendigen Mittel zur Verfügung stellt und dabei mithilft, aus den Deutschen Werken Betriebe zu machen, die in der Produktion wirtschaftlich notwendiger Güter mit an vorderster Stelle stehen.

Wenn gerundete Summen des Reichs an andere Stellen geflossen sind, wenn es sich um die 700 Millionen Mark für die Ruhrindustriellen handelt oder um die 50 Millionen für die deutschen Arbeiter, so haben wir alle Ursache zu sagen, daß das Reich hier in erster Linie die Pflicht hat, Mittel zur Verfügung zu stellen.

Das ist auch eine soziale Pflicht gegenüber den Arbeitern und Angestellten, die vor dem Kriege in deutschen Reichsbetrieben zum Teile jahrzehntelang beschäftigt waren, es ist gleichzeitig eine Pflicht, dem Deutschen Reich die Werte zu erhalten, die in den Deutschen Werken gegeben sind. Nicht Verschärfung des Reichsschutzes, sondern Erhaltung, nicht Entlassung der Arbeitnehmer, sondern Erhaltung der Arbeitskraft und Beschäftigung. Das sind die Gesichtspunkte, die uns leiten, dem Antrage zuzustimmen. (Beifall bei den Soz.)

Abg. Hoch (Soz.) weist die Normsätze des Vorredners wegen des Verhaltens der Sozialdemokratie im Haushaltsausschuß zurück.

Abg. Bräunlichhaus (Dp.): Wir werden den Fall der Deutschen Werke in aller Ruhe und Gemächlichkeit prüfen, uns aber nicht dazu hergeben, für dieses von Anfang an zugehörige Kind immer in ein falsches Bett zu schlüpfen.

Abg. Dismann (Soz.) bestreitet, mit seinen Ausführungen den Deutschen Werken geschadet zu haben. (Abg. Bräunlichhaus (Dp.): Die Bilanz.) Ich habe von der Bilanz kein Wort gesprochen. (Abg. Bräunlichhaus: Das war auch sehr gut!)

Damit ist die zweite Lesung des Notetats erledigt. Die dritte Beratung, bei der auch über das kommunikativen Mißtrauensvotum abgestimmt wird, findet morgen statt.

Es folgt die zweite Beratung der

Novelle zum Finanzausgleichsgesetz.

monach die Geltungsdauer dieses Gesetzes sowie die Beteiligung der Länder an der Umsatzsteuer um ein halbes Jahr bis zum 30. September 1925 verlängert wird.

Berichterstatter Abg. Dr. Gercke (DnL) empfiehlt namens des Ausschusses für Steuerfragen die Annahme der Vorlage.

Abg. Junke (Soz.): Wir können uns in keiner Weise für das zukünftige Finanzausgleichsgesetz binden. Vorher muß die Aufwertungsfrage gelöst werden, und wir müssen uns ferner vorbehalten, daß die Umsatzsteuer abgebaut werden kann. Es geht mit der jetzigen Steuerbelastung nicht weiter.

Die Vorlage wird in zweiter und sofort in dritter Beratung angenommen.

Wohnungsfrage und Mieterschutz.

Darum steht das Haus die am Mittwoch abgebrochene Beratung der Anträge zur Wohnungsfrage und zum Mieterschutzgesetz fort. Zu diesem Gegenstand sind inzwischen noch Anträge der Sozialdemokraten und Deutschnationalen eingegangen, die ersteren haben ein Wohnungsprogramm aufgestellt, die letzteren schlagen Änderungen der Hauszinssteuer vor.

Abg. Casing (Z.) bedauert die Rede des Vorredners. Das Reich hat im vorigen Jahre 18 Millionen Goldmark in die Deutschen Werke hineingepulvert, jetzt werden wieder 20 bis 40 Millionen gefordert. Das ruhig mit anzusehen, kann man der Privatindustrie nicht zumuten.

Abg. Dypinski (Soz.):

Dem zweiten Teil des Antrages des Ausschusses können wir nicht zustimmen, weil darin der Versuch gemacht wird, die Fragen, auf die es hier ankommt, zu verschleiern. Aus unserer Ablehnung darf aber nicht die Schlussfolgerung gezogen werden, daß wir überhaupt gegen jede Neuordnung des Mietrechts sind, es kommt nur darauf an, welcher Art diese sein soll. Eine Reihe von Anträgen, die hier vorliegen, zeigen das Bestreben, den bisherigen Mieterschutz zu beseitigen und die Wohnungswirtschaft wieder privatwirtschaftlich zu organisieren. Wir sind aber gegen diese Bestrebungen. Wir müssen endlich zu einer Wohnungswirtschaft kommen, die uns heraushebt aus dem Wohnungschaos, die insbesondere dem Arbeiter ein geordnetes Familienleben ermöglicht. Wir haben heute zahllose Fälle, in denen mangels an Wohnräumen ein Familienleben überhaupt nicht mehr möglich ist. Es fragt sich, ob die Forderung auf Wiederherstellung der Friedensmiete überhaupt durchführbar ist. Durch den Bankrott Deutschlands ist eine Abwertung erfolgt, die sich namentlich im Wohnungswesen auswirkt. Durch die Dritte Steuerreformordnung sind die Hypotheken auf 15 Proz. aufgewertet worden, 85 Proz. sind noch abgewertet. Auf der einen Seite verlangt man also die Herabsetzung der Friedensmiete, auf der anderen Seite gefordert man den Hausbesitzern den Vorteil der abgewerteten Hypotheken zu. Wenn man diese Forderung erfüllt, so würde dies zu einem ungeheuren Wucher auf dem Wohnungsmarkt führen. Dem können wir unsere Zustimmung nicht geben. Im übrigen räumt die Erklärung der Regierung, daß sie bei der Aufwertung nicht über 20 Proz. gehen könne, mit den schwindelhaften Versprechungen in der Aufwertungsfrage auf. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Es ist außerordentlich rückwärts, daß die Hauseigentümer, die die Hypotheken ablösen konnten, trotzdem die Forderung nach Friedensmieten stellen. Das würde bedeuten, sie auf Kosten der Mieter in einem Maße zu bereichern, wie es sonst bei

seinem Rechtsverhältnis oder Geschäftsmöglichkeit wäre. Nach der Denkschrift der Regierung gab es 3 Milliarden Hypotheken. Davon sind 750 Millionen aufgewertet worden. Es bleiben 4 1/2 Milliarden an Hypotheken. Die Hauseigentümer haben auf die 750 Millionen aufgewertete Hypotheken nur 15 Millionen Zinsen zu zahlen. Welchen Nutzen würden sie nun bei den Friedensmieten erzielen. Ein Haus mit einem Friedenswert von 100 000 M., das einen Ertrag von 6000 M. brachte, wäre nur mit 1300 M. für Zinsen und Reparaturen belastet, während auf der anderen Seite nur 15 000 aufwertetes oder eigenes Kapital darin steht.

Die Hauseigentümer würden also eine mehr als 1000prozentige Verzinsung ihres Kapitals erhalten. Die Friedensmieten herbeizuführen, würde nichts anderes bedeuten, als den Wohnungswucherer in einem Ausmaße zu unterfüßen, wie er ungeheurerlich nicht gedacht werden kann. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Die Freigabe der Miete würde weder eine erträgliche Preisbildung noch eine Steigerung des Wohnungsbaues herbeiführen. Nach einer Feststellung in Sachsen beträgt der Wohnungsbedarf im Durchschnitt auf 1000 Einwohner 17 Wohnungen. Auf das Reich übertragen würde sich ein Mangel von einer Million bis 2 000 000 Wohnungen ergeben, unter dem besonders die Kinderbetriebe und Kinderreichen leiden.

Das Privatkapital baut keine Wohnungen. Zu dem Wohnungsmangel kommt noch der alljährliche Wohnungsbedarf, der auf 140 000 pro Jahr zu berechnen ist. Der Zuwachs an Wohnungsbedarf beträgt also in 10 Jahren 2 400 000. Glaubt man durch den Abbau der Wohnungswirtschaft und durch die Freigabe der Mietbildung diese Wohnungen bauen zu können? Wir müssen dabei noch berücksichtigen, daß schon vor dem Kriege immer mehr die Tendenz bestand, große luxuriöse eingerichtete Wohnungen zu errichten, den Bau von Kleinwohnungen dagegen zu vernachlässigen. In welchem Zeitpunkt wir den Wohnungsbedarf decken können, das hängt davon ab, welche Mittel wir dazu zur Verfügung stellen. Solange aber der Wohnungsbedarf nicht gedeckt ist, kann keine Rede davon sein, den Mieterschutz aufzuheben und die Mietbildung privatrechtlichen Interessen zu überlassen. Wenn die Mehrheit des Reichstages den Anträgen auf Beseitigung des Mieterschutzes zustimmt, dann macht sie sich mitschuldig an der Verarmung des Wohnungsgeldes, an der Verletzung im Wohnungsbau, an dem Verfall der alten Wohnungen.

Wir haben bereits festgestellt, daß der Anteil des Aufkommens an Lohnsteuern 71 Proz. des Gesamtaufkommens an Einkommensteuern ausmacht. An Lohnsteuern hat das arbeitende Volk nahezu eine Milliarde aufgebracht.

Das bedeutet, daß neben der Lohnsteuer die Arbeiter, Angestellten und Beamten auch noch durch die Mietsteuer den größten Teil des Haushalts der Länder und der Gemeinden aufbringen müssen. Die nichtbesitzenden Teile des Volkes sind damit zu Trägern der Erhaltung

des Haushalts des Reiches, der Länder und Gemeinden geworden. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Unser Antrag verlangt, daß die Mietsteuer von 20 Proz. ausschließlich zum Wohnungsbau und zur Erhaltung der alten Wohnungen benutzt wird. Wenn die Arbeiter, die eine Wohnung haben, diese Aufgabe entrichten, dann tun sie das aus Solidarität für diejenigen, die keine Wohnung haben. Wir verlangen weiter, daß die Wohnungen nicht in beliebigen Größen gebaut werden, sondern hauptsächlich für Kinderbetriebe und Kinderreiche. Es kommt daher darauf an, wer die Wohnungen baut. Scharf verteilt die Wohnungsabgabe zentral, weil nur dadurch die Möglichkeit gegeben ist, auch solche Gemeinden zu berücksichtigen, die keine eigenen Mittel zum Wohnungsbau haben. Es muß weiter eine Grund- und Bodenpolitik getrieben werden, die eine Verteuerung des Wohnungsbaues durch die Spekulation verhindert. Besonderer Wucher wird mit den Baustoffen getrieben. Gegenüber einem Friedenspreis von 14 M. für 1000 Ziegel, beträgt der Preis heute in der Umgegend von Berlin 55 M., in der Umgegend von Leipzig dagegen 80 M. Wenn wir den Gemeinden nicht die Möglichkeit geben, neue Wohnungen zu bauen, so entziehen wir ihnen dadurch auch die Mittel, die alten Wohnungen zu erhalten. Wir verlangen auch, daß die gemeinnützigen Baubetriebe unterstützt werden. In unserem Antrag ist festgelegt, daß nur eine solche Miete gerechtfertigt ist, die die Betriebskosten des Hauses deckt, Reparationen ermöglicht, die Verzinsung der Hypotheken und des eigenen Kapitals sicherstellt. Jede darüber hinausgehende Steigerung der Miete lehnen wir ab. Wenn demgegenüber gelangt wird, daß die Herstellung der Friedensmiete eine Steigerung der Löhne zur Folge haben werde, so verweise ich auf den Widerstand, den die Reichseisenbahnverwaltung gegenüber der Erhöhung des Lohnes um nur 3 Pfennige die Stunde geleistet hat. Wenn die Leitung des größten Reichsbetriebes so einer Steigerung des Lohnes entgegenarbeitet, so kann man sich vorstellen, zu welchen sozialen Kämpfen es führen muß, um nur einen Ausgleich für die Erhöhung der Mieten zu schaffen. Der Redner zeigt an einem Beispiel, das die Stadt Leipzig gegeben hat, wie es möglich ist, durch den Bau von Gemeinwohnungen die Mieten nicht höher zu bemessen, als in den alten Wohnungen. Wir sind also gegen jeden Versuch, den heutigen Mieterschutz aufzuheben, die Friedensmieten herbeizuführen, die private Wohnungswirtschaft wieder herzustellen. Der Wohnungsbau darf nicht dem Privatkapital zur Spekulation freigegeben werden, sondern wir müssen die gemeinnützige Wohnungswirtschaft fördern und so steigern, daß in absehbarer Zeit auch Deutschland in der Lage ist, den Arbeitern ein Familienleben zu ermöglichen, sie teilnehmen zu lassen an allen kulturellen Bestrebungen. (Lebhafter Beifall v. d. Soz.)

Hierauf vertagt sich das Haus auf Freitag nachmittag 2 Uhr. Auf der Tagesordnung steht u. a. die Beratung der Anträge über die Sicherung der Wahlfreiheit. — Schluß gegen 4 Uhr.

Alle Parteien dieses Hauses haben, wenn sie über den entsprechenden Tatbestand verfügen, das Recht, der Polizei Vorwürfe zu machen — nur die Kommunisten nicht. (Lärm bei den Komm.) Der Minister zeigt ein Buch mit rotem Einband und fragt die Kommunisten:

**Kennen Sie das? — Es handelt sich um ein „Reglement zum Bürgerkrieg“.**

Wenn die Polizeibeamten, fährt der Minister fort, solche Dinge zur systematischen Zerstückelung der Polizei zu Gesicht bekommen, dann müssen die Beamten nervös werden. Mit dieser systematischen Propaganda des Bürgerkrieges laden die Kommunisten eine schwere Last auf sich. Ich habe in der Bekämpfung der Bürgerkriegspropaganda meine Schuldigkeit getan. Die Kommunisten sollten endlich auch einmal an ihre Verantwortung denken. (Beifall.)

Beim Schluß der Rede des Ministers gehen die Kommunisten, die den Minister während seiner Ausführungen unaufhörlich mit allen möglichen Schimpfwörtern, wie „Renegat“, „Lump“, „Akel mit trecher Stirn“ usw. begehrt haben, mit ohrenbetäubenden, stürmischen Lärmumgebungen ein. Nach einigen Ordnungsrufen legt sich der Tumult und es folgt auf Antrag der Kommunisten die Besprechung des vorliegenden Gesetzentwurfes.

Abg. Dr. Mersch (Dnat.): Die Deutschnationalen Volkspartei spricht ihr schmerzliches Bedauern über die traurigen Vorgänge in Halle aus (Lärm bei den Komm.: „Heuchler!“) vom allgemeinen menschlichen und auch vom nationalen Standpunkt aus, weil es das traurigste ist, wenn Deutsche von Deutschen getötet werden.

**Abg. Dreißer (Soz.):**

Die angekündigte Untersuchung muß mit größter Objektivität geführt werden. Die Kommunisten treten hier in durchaus einseitiger Weise als Ankläger auf. Das Verbot der Reden der Ausländer trieb natürlich Wasser auf die kommunistischen Mühlen; aber es ist ein gewaltiger Unterschied zwischen Ausländer und „Ausländer“, zwischen Professor Bach und den Kuffen, die nicht einmal Ausländer sind und ungestört in Deutschland herumreisen, um es durch ihre Heße Tapat zu machen. Die Kommunisten stellen sich hier als ganz unschuldig hin, aber wir, die wir in Halle leben, wissen es besser. Die Kommunisten reden hier im Parlament von Lump, Schurk, Lügner, womit sie den Polizeipräsidenten Kunge meinen; erst neuerdings haben sie ihre entsprechenden Angriffe gegen den Regierungspräsidenten Strümpfer-Meckeburg vor Gericht mit der Beurteilung durch den Strafrichter schwer büßen müssen.

**Die Kommunisten haben die Arbeiter vor die Kugeln der Polizeimannschaften getrieben.**

(Betäubender Lärm bei den Komm., Zurufe, auf die wiederholten Ordnungsrufe des Präsidenten, u. a. gegen die Abg. Frau Krüger, folgen.) Minister Severing hat das Verbot in Halle nicht gebilligt. Gewiß haben einige Polizisten nicht ruhig, sondern aufgeregter sich benommen; aber auch diese haben erst in die Luft geschossen und überhaupt erst geschossen, nachdem mit Bierflaschen geworfen worden war. Der Saal des Volksparks saß nicht 7800, sondern nur 1500 Personen. Eine Partei, die den Staat vernichten will, hat das Recht verwirrt, hier in Entrüstung zu machen. Die Ruhe, Befonnenheit und Disziplin der Sozialdemokratie wird auch diese Gefahr für Deutschland überwinden. Die Kommunisten sind schuldig, daß heute in Deutschland und Preußen die Reaktion Oberwasser hat. (Der Rest der Rede geht in dem wüsten Geschrei der Kommunisten verloren.)

Abg. Meisinger (Z.) spricht das Bedauern seiner Freunde aus über die Todesopfer, die leider der Zusammenstoß in Halle geordert hat. Unter den Opfern von Halle ist kein einziger kommunistischer Führer. (Lebh. hört, hört! bei der Mehrheit.)

Abg. Heidenreich (Dp.): Frau Krüger, die hier so große Worte fand, soll aus der Versammlung sehr schnell verschwunden sein, als der Konflikt losging. (Widerpruch und Lärm bei den Komm.)

Abg. Dohmann (Komm.): Dieser Austausch zur Präzision ist ein wahrer Beweis der revolutionären Energie der Arbeiter, aufzuweisen zum Vernichtungskampf gegen die kapitalistische Gesellschaft. Abg. Stendel (Dp.) beantragt, auf die morgige Tagesordnung als ersten Punkt die Wahl des Ministerpräsidenten zu setzen. Für den Antrag stimmen die Parteien der Rechten und die Kommunisten. Das Ergebnis bleibt zunächst zweifelhaft und die Abstimmung wird im Hammelsprung wiederholt. Die Parteien der Weimarer Koalition bleiben dieser Abstimmung fern, so daß Präsident Bartels die Abgabe von nur 180 Stimmen und damit die Beschlussunfähigkeit feststellen muß. Der Antrag Stendel ist damit gefallen. Die Feststellung des Präsidenten wird von der Rechten mit tosendem Lärm und Rufe „Aufsieden!“ beantwortet. Als der Präsident schon seinen Platz verlassen hat, stehen die Abgeordneten noch lange in erregter Privatdiskussion zusammen. Unter lebhaften Ausrufen des Mikrofons werden die Abgeordneten der Rechten immer erneut an den Teil des Sarkasmus hin, der sich an der Abstimmung nicht beteiligte. Erst langsam geht das Haus unter großer Unruhe auseinander.

Freitag 12 Uhr: Fortsetzung der Aussprache über die Vorgänge in Halle. Schulreform, Personalabbau, Kleine Vorlagen. Schluß 6 Uhr 5 Min.

### Vorträge, Vereine und Versammlungen.

**Reichsbanner „Schwarz-Rot-Gold“.**  
Schriftleitung: Berlin S 14, Seeböckstr. 3738, Hof 2 Et. Kameradschaft Friedrichshagen trifft sich Freitag abends 9 1/2 Uhr im Vereinslokal, Sonnenstraße, Reichshagen mitbringen. — Kameradschaft Lichtenberg, Untergruppe Karlshagen: Sonnabend, den 21. März, abends 8 Uhr, Versammlung und wichtige Besprechung im Lokal „Im Wenzelhof“. Das Erscheinen sämtlicher Mitglieder, auch der nicht aktiven, ist unbedingt und dringend nötig. — Kameradschaft Eberswalde: Freitag, den 20. März, Vorabendkolloquium mit den Gruppenführern bei Grund, Rühlengasse, Sonnabend, den 21. März, 6 1/2 Uhr, Auftreten am Bahnhof zum Sozialen nach Pflanzbaum. — Kameradschaft Tempelhof: Sonnabend, den 21. März, abends 7 1/2 Uhr, gefälliger Abend mit Dament im Restaurant Birkenwäldchen, Tempelhofer, Rantierstraße, Republikaner als Gäste willkommen. — Kameradschaft Eberswalde: Sonnabend, den 21. März, nachmittags 3 1/2 Uhr, treffen sich alle aktiven Kameraden in Reichsbannerleitung zur Teilnahme an der Verteidigung unseres Kameraden Brunske bei Eberswalde. Samstags um 3 Uhr im Restaurant Baumhofweg, Eberswalde, und Sonntag um 10 Uhr im Restaurant Baumhofweg, Eberswalde. — Kameradschaft (Weißwasser): Sonnabend, den 21. März, abends 7 30 Uhr, Treffen aller Kameraden am Bahnhof Bernsdorf, Aussang Nord, Gemeinamer Markt zum Restaurant Barth, Glienitz bei Bernsdorf, Wilhelmstraße 3-5.

**Arbeiter-Radio-Klub, Bezirk Lichtenberg (früher Otten).** Jeden Freitag 1 1/2 Uhr bei Barbara, Oberstr. 8, am Zonenplatz, Bahnhofsgebäude. — Bezirk Reinickendorf: Heute 8 Uhr in der Mühlendule Vortrag über „Köhnenverhöre“. Gäste willkommen.

**Sozialwissenschaftliche Vereinigung.** Sonnabend, den 21. März, abends 7 1/2 Uhr, im Großhändlerverein, Alexanderstr. 44, Vortrag des Genossen Dr. G. Gumbel-Schellberg über: Die politischen Verhältnisse in Deutschland.

**Arbeiter-Sammler-Kolonne Berlin, z. B.** Am Sonntag, den 22. März, findet im großen Saal des Verhältnisses des Saals der Vortrag des Genossen Prof. Dr. Lubarsch statt. Treffpunkt 9 1/2 Uhr vormittags Eingang Alexanderstraße. — Die Abteilungsleiter müssen sich jeweils die Schließelkarte für den Wahltag zur Verfügung nehmen dem Kolonnenführer nach der richtigen Telefonnummer mitteilen, da sonst eine rechtzeitige Bekanntmachung in der Presse unmöglich ist. — Der nächste Kolonnenvortrag ist nicht am 21. März. Genosse Dr. Kugel spricht am Donnerstag, den 2. April, 7 1/2 Uhr, abends, im Berliner-Friedrichs-Denkmal zu einer Dichtervorlesung.

# Landtagsausprache über Halle.

## Besprechung der sozialdemokratischen Interpellation.

Am Landtag ergab gestern die Abstimmung über Verlängerung der Wahlzeit für die Provinziallandtage und Kreistage wie bei der letzten Beratung Beschlusfähigkeit. Damit ist die Sitzung beendet. Der Präsident setzt auf sofort eine neue Sitzung an, in der die Vorlage über die Hinoverschiebung der Wahlen nun nicht mehr zur Beratung steht. In zweiter Beratung wird die Kammer zu dem Beschluß über die Erhebung einer vorläufigen Steuer von 50 Cent pro Quadratmeter auf den Antrag der Sozialdemokraten und des Antrags der Kommunisten über die Zusammenzüge in Halle und in Berlin-Neukölln in einer kommunistischen Versammlung am 13. und am 25. März 1925 verlängert.

Es folgt die gemeinsame Beratung der Großen Anträge der Sozialdemokraten und des Antrags der Kommunisten über die Zusammenzüge in Halle und in Berlin-Neukölln in einer kommunistischen Versammlung am 13. und am 25. März 1925.

### Abg. Dr. Waentig (Soz.):

Noch kennen wir nicht alle Einzelheiten des schrecklichen Vorgangs in Halle. In der Versammlung sollten auch zwei Ausländer sprechen, das hatte die halle'sche Polizei verboten und eventuell mit Auflösung der Versammlung gedroht (stürmische Rufe v. d. Kommunisten: Severing ist der Schuldige!). Im unteren Saal des Volksparks ging alles ruhig zu, im oberen Saal aber kam es zu furchtbaren Szenen, als man davon ging, die trotz des Verbots gehaltenen Reden der beiden Ausländer für die Zuhörer zu überlegen. Nach dem Bericht eines bürgerlichen Blattes sprang ein Polizeioffizier auf einen Stuhl, belacht die Auflösung; es fielen Schüsse und ein unbeschreibliches Angstgeschrei brach aus. Alles verlor sich in Lärm. Das Ergebnis war: Reun Late, darunter zwei Frauen. Das Verbot war ungeheuerlich wie heute feststeht; aber wäre es auch gesetzlich gewesen, es war eine Dummheit. Die in dieser Zeit doppelt gebotene Vorsicht ist nicht geübt worden. Der zur Überwachung kommandierte Polizeioffizier genießt in der Bevölkerung von Halle einen sehr schlechten Ruf. Der Polizeipräsident Runge (Zuruf v. d. Kommunisten: Ihr Parteigenosse!) war an diesem Tage überhaupt nicht in Halle. Die Regierung hat ja durch seine Abberufung die Konsequenz gezogen. Vor einem Jahre haben sich bei einer ähnlichen Sache die Exekutivorgane der Polizei ganz anders verhalten, da sind sie nicht energisch eingeschritten, geschweige daß sie von der Waffe Gebrauch gemacht hätten. Ein ungeheures Maß von Herzenshärte gehört dazu, in eine dichtgedrängte unbewaffnete Menge zu schießen; hier liegt

### ein gerütteltes Maß von Schuld

vor. Die Veranstalter und der Leiter der Versammlung mußten aber doch von dem Verbot unterrichtet sein und da gehört ein ersaumliches Maß von Verantwortungslosigkeit dazu, so zu handeln, wie sie gehandelt haben. (Wüßes Entrüstungsgeschrei der Kommunisten; Vizepräsident Garnich bemüht sich, dem Redner weiter Gehör zu verschaffen.) Wenn es wahr ist, daß auch noch ein Teil der Roten Frontkämpfer die abströmende Menge verhindert hat... (Neuer Entrüstungsturm bei den Kommunisten, der Schluß des Satzes geht verloren.) Die Versammlungsteilnehmer haben ihrerseits Stühle, Bierseidel u. dgl. geworfen, wodurch mehrere Polizeibeamte verletzt wurden, auch soll aus der Mitte der Versammlung geschossen worden sein (andauernder Tumult bei den Kommunisten). Der Minister muß genaue Auskunft über die Vorgänge und darüber geben, was das Staatsministerium tun will, um deren Wiederkehr zu verhindern. (Von den Kommunisten wird „Lügenprofessor!“ gerufen; Abg. Müller-Frankfurt (Komm.) erhält einen Ordnungsruf.)

Den Antrag der Kommunisten begründet Abg. Frau Krüger-Halle (Komm.) unter tumultuösen Zwischenrufen der Kommunisten.

Vertreter des Staatsministeriums

### Minister Severing:

Eine genaue Mitteilung kann ich auf Grund der bisherigen Ermittlungen noch nicht machen; trotzdem ist die parlamentarische Verhandlung von Nutzen, um nach Möglichkeit eine parteipolitische Ausschlichtung zu unterbinden. (Lärm bei den Komm.) Es haben sich schon bei einer oberflächlichen Betrachtung der Dinge Widersprüche herausgestellt, daß ein erschöpfendes Bild nicht gegeben werden kann; ich muß mir vorbehalten, weitere Aufklärung durch eine von mir einsetzende Ministerialkommission zu veranlassen. Ich habe am Sonntag morgen dem kommunistischen Ersuchen um eine Untersuchung stattgegeben und erklärt, daß ich zwar noch nicht in der Lage bin, mir bereits ein abschließendes Urteil zu erlauben; ich würde aber nicht nur die Polizeibeamten, sondern auch die Versammlungsteilnehmer über die Vorkommnisse befragen lassen, und ich habe allerdings hinzugefügt, daß meiner Ansicht nach den ausführenden Organen keine Schuld beizumessen ist.

Ihr Genosse (zu den Komm.) Menzel bemerke zu mir am Schluß der Unterredung: „Ich sehe ein, daß Sie als Minister nicht anders handeln können.“ (Lebh. hört, hört! bei der Mehrheit, Lärm und Widerspruch bei den Komm.)

Ich wäre neugierig, von Ihnen (zu den Komm.) zu erfahren, ob Sie das rednerische Auftreten von deutschen Sozialdemokraten in Ruhland ohne weiteres gefast hätten würden. (Erneuter Lärm und Widerspruch bei den Komm.) Das Recht der freien Meinungsäußerung in Deutschland für die Deutschen, nicht aber ohne weiteres auch für Ausländer. Das Verbot war an sich nicht ungeheuerlich, weil die Gefahr bestand, daß die öffentliche Ruhe und Ordnung gefährdet werden könnte. (Zuruf bei den Komm.: Weil das Verbot sich gegen Arbeiter richtete!) Das feste Gefüge Preußens und des Reiches muß erhalten werden. Von den Persönlichkeiten der Ausländer mußte ich nach der Auskunft, die ich über sie erhielt, annehmen, daß sie die Deffektivität aufreizen würden. Die Fragen, die hier zur Erörterung stehen, sind lediglich solche polizeilicher Zweckmäßigkeit. Die Haltung des Polizeipräsidenten habe ich nicht verstanden. Man braucht die gewöhnlich sehr blutdürstigen klingenden Äußerungen der Kommunisten nicht immer allzu tragisch zu nehmen. Auch war in der Ankündigung nur von „ausländischen Genossen“ die Rede. Wie dem nun aber auch sein mag: war ein solches Verbot, zumal in einer etwas kritischen Zeit, wo z. B. ein Eisenbahnerstreik da ist, erlaubt, der muß auch zur Stelle sein. Der Polizeipräsident, der auf einer Dienstreife sich in Berlin befand, hat aber die Durchführung Organen überlassen, die die Auswirkung des Verbotes nicht überlegen haben. Man hätte sich von den Kommunisten entweder Sicherheiten geben lassen, oder aber von vornherein die Versammlung verbieten müssen. Es galt, auf jeden Fall Blutvergießen zu verhindern. (Andauernde Zurufe der Kommunisten.)

Auf der anderen Seite ist das Verhalten der kommunistischen Versammlungsozialisten in keiner Weise einwandfrei.

Der Versammlung ist von dem Verbot keine Mitteilung gemacht worden. Wenn den Kommunisten die vom Polizeipräsidenten veranlassete Maßnahme nicht zwanglos, so stand die Beschränkung offen. (Zurufe der Komm.: Natürlich!) Ich gebe es auf, mich mit Ihnen (zu den Komm.) auseinanderzusetzen.

Die Schutzverletzungen können nicht nur von Geschossen der Schutzpolizei herrühren.

(Zuruf der Komm.: Es ist unerhört!) Das zeigt das Gutachten eines Sachverständigen. (Der Minister verliest das Gutachten.)

# Kein Irrtum

ist so gross wie der, dass Sie mit Mondamin-Backpulver nur Kuchen aus Mondamin backen können. Jede Art von Kuchen, jede Sorte von Gebäck gerät mit Mondamin-Backpulver, denn es ist ein Universal-Backmittel wie jedes andere Backpulver, Nur hat es den grossen Vorzug, dass es dem Kuchen keinen Beigeschmack gibt. Also nehmen Sie stets

**MONDAMIN-BACKPULVER**  
ohne Pulvergeschmack.

## Der Bauer im Frühmittelalter.

Von Franz Lauffkötter.

Allgemein gilt der Bauer als schwerfälliger, konservativer Mensch, der nur selten und mit Mühe aus seiner Ruhe zu bringen ist, und der Bauernstand wird in politischen, rechtlichen und kulturellen Dingen als konservatives Element in Rechnung gestellt. Tatsächlich lehrt uns die Geschichte, daß die ländliche Bevölkerung ihrem inneren Wesen nach sehr am alten klebt, wozu auch die von der Natur abhängige Beschäftigung wesentlich beiträgt, weshalb sie neuen Gedanken und neuen Strömungen nur sehr schwer zugänglich ist. Demgegenüber hat sich die städtische Bevölkerung infolge ihrer stärkeren kulturellen Betätigungsmöglichkeit und der Art der Arbeit zu allen Zeiten als ein unruhiges, Neuerungen zugängliches Element bewiesen. Die zahllosen Revolten und Revolutionen, von denen uns die Sozialgeschichte erzählt, haben sich fast ohne Ausnahme in den Städten oder Industriegebieten abgespielt, das Ländvolk hat meistens alle Unbilden, allen Druck, mit innerem Groll, aber mit einer unglaublichen Geduld, hingenommen und ertragen.

Dennoch haben wir auch einige wenige Beispiele von revolutionären Bewegungen des Ländvolkes, die gerade ihrer Seltenheit wegen doppeltes Interesse verdienen. Eins dieser Beispiele ist jene weitausgedehnte und tiefgreifende gewalttätige Aktion der deutschen Bauern Süd- und Westdeutschlands um die Wende des 16. Jahrhunderts. Der deutsche Bauernkrieg von 1525 hat den Bauernstand in seinen tiefsten Tiefen aufgewühlt, er hat einen bislang ungekannten Grad von Haß, Empörung und Wut gezeigt, er hat eine Fülle von Gewalttätigkeiten, Grausamkeiten und Zornausbrüchen mit sich gebracht, so daß es die erste Aufgabe einer Geschichtsschreibung ist, den Ursachen nachzuspüren, die den gedulden, durchaus konservativ eingestellten Bauern in einen blutdürstigen, rücksichtslosen Revolutionär und Terroristen verwandelt haben. Diese Ursachen sind verschiedener Art, wie dies bei allen sozialen Erscheinungen der Fall ist, sie liegen auf wirtschaftlichem, rechtlichem und geistigem Gebiete.

Am Ausgang des Mittelalters, als Deutschland aus dem Chaos der Völkerwanderung wieder in geordnete Verhältnisse kam, sah der deutsche Bauer als freier Mann auf seinem Grund und Boden. Infolge der ununterbrochenen Kriege, die Jahrzehnte lang dauerten, während die früheren Stammesfehden nur ein paar Tage währten, hielten es zahlreiche Bauern aus Gründen ihrer eigenen Sicherheit für geboten, ihr Land den Rittern und den Großen des Landes zum Eigentum zu übertragen und sich mit der Familie in den Schutz eines Herrn zu begeben. Die Herren, die seitdem den Namen „Grundherren“ führten, konnten und wollten den Grund und Boden jener Bauern nicht selbst bewirtschaften, weshalb sie ihn den früheren Eigentümern „als Lehen“ wieder übergaben und sich mit einer unbedeutenden Abgabe begnügten. Diese Abgaben, die die sogenannten „Grundhalden“ zu leisten hatten, waren ursprünglich sehr gering, sie hatten eigentlich nur symbolische Bedeutung, sie waren gemäßigtermaßen nur der Ausdruck der Ergebenheit gegenüber den Herren. Es ließen sich Hunderte von Abgaben anführen, die uns heutzutage geradezu komisch anmuten. Die mittelalterlichen Menschen hatten in diesen Dingen noch Humor und lachten sie von der humoristischen Seite auf, weil sie sie nicht als Druck und Last empfanden, für uns Gegenwartsmenschen hört in Geld- und Steuerfachen — nach einem Worte des Kommerzienrates Hansemann — nicht nur der Humor, sondern auch die Gemütslichkeit auf.

Diese geringe Belastung der deutschen Landwirtschaft in Verbindung mit der besseren Bewirtschaftung des Grund und Bodens, wodurch die landwirtschaftlichen Erträge wesentlich stiegen, hob die wirtschaftliche Lage des deutschen Bauernstandes von Jahrzehnt zu Jahrzehnt. Hinzu kam noch die bedeutungsvolle Tatsache, daß das platt Land durch günstige Umstände gegen eine Ueberbevölkerung geschützt war. Der deutsche Bauer schob die überschüssige Bevölkerung, seinen Nachwuchs, vom Lande ab. Entweder wanderten die nachgeborenen Söhne und Töchter in die damals aufstrebenden Städte, die den Zuwachs von tüchtigen Arbeitsträften freudig begrüßten, oder sie zogen über die Grenzen des damaligen Deutschlands hinaus und besiedelten unbesiedeltes Land. Schon in der Zeit der Karolinger beobachteten wir starke Kolonisationsbestrebungen, die Höhenstauenzzeit brachte den Höhepunkt deutscher Kolonisation. Deutsche Bauern wanderten scharenweise nach Osten über die Elbe und Oder hinaus und be-

siedelten die slawischen Gebiete bis tief nach Rußland hinein, sie drangen an der Ostsee entlang nach Litauen, Estland, Lönland, Finnland, Ingermanland, sie wanderten nach Südosten an der Donau hinab nach Siebenbürgen bis zum Balkan. Überall entstanden volkreiche, blühende deutsche Siedlungen. Die Folge dieser Kolonisation der Grenzgebiete war, daß in der Heimat kein Ueberangebot unbekämpfter Menschen vorhanden war, so daß ein Ausgleich bestand zwischen Erzeugern und Verbrauchern, was natürlich unter der Naturalwirtschaft vorteilhaft wirken mußte.

Der steigende Wohlstand der deutschen Bauern gewährte ihnen die Möglichkeit eines üppigen Lebens und erzeugte gleichzeitig ein gesteigertes bürgerliches Selbstbe-

Reid auf die Bauern und ihren Wohlstand blickten, als das Raubritterwesen in Blüte stand und die Ritterburgen zu Raubnestern und zu Schlupfwinkeln der Streifritter und Hedenreiter geworden waren.

Allmählich vollzog sich ein Umchwung zugunsten der Bauern, die glücklichen Zeiten der deutschen Landbevölkerung waren vorüber, und an die Stelle des Wohlstandes trat die bittere Sorge ums Dasein. Hier wirkten verschiedene Ursachen mit. Zunächst traten durch die Entdeckung Amerikas und des Seewegs nach Ostindien weltwirtschaftliche Veränderungen ein, die dem Bauernstand die Konkurrenz beim Absatz ihrer Erzeugnisse erschwerten. Die langsam einsetzende Umwandlung der Naturalwirtschaft in die Geldwirtschaft, wozu die Einfuhr von Gold aus den neuentdeckten, überseeischen Ländern wesentlich beitrug, bereitete der Inlandswirtschaft und besonders der bürgerlichen Wirtschaft große Schwierigkeiten. Die Abgabemöglichkeit für die landwirtschaftlichen Erzeugnisse wurde immer geringer. Der Bauernstand konnte sich infolge seiner konservativen Einstellung den veränderten wirtschaftlichen Verhältnissen nur schwer anpassen, weshalb er in seinen Existenzbedingungen zurückging. Hinzu kam, daß der Abfluß der überschüssigen Landbevölkerung nach den Städten ins Stocken getret, weil die überbevölkerten Städte den Zustrom sperrten, und daß auch die Kolonisationen aufhörten, weil kein Land mehr frei war. Die Folge davon war, daß eine bürgerliche Ueberbevölkerung entstand. Um dem abzuhelfen, wurde beim Tode eines Bauern sein Grund und Boden aufgeteilt, so daß seine Söhne und Töchter ihr Erbeile bekamen, wodurch deren wirtschaftliche Existenz sehr erschwert wurde, weil die kleinsten Betriebe nicht so rentabel arbeiteten. Schon bald erhoben die Grundherren gegen diese Zerstückelung Einspruch, und so sammelte sich auf dem platten Lande über Nacht eine Schaar landloser Grundbesitzer, ein bürgerliches Proletariat, das immer mehr anstchwoll. Damals drang das römische Recht nach Deutschland ein und verdrängte das altgermanische Recht. Die Juristen stellten den Grundbesitz auf, daß die Abgaben der Bauern nicht an dem Grund und Boden hielten, sondern an der Person, die Grundherren griffen begierig diesen Standpunkt auf und forderten auch von den landlosen Grundbesitzern Abgaben und Frondienste. Die lästige verschwindende Selbstbesitz kam wieder auf und trug erklärlicherweise eine steigende Erbitterung ins Ländvolk. Zugleich gingen die Grundherren an, die Abgaben und Frondienste zu steigern. Es gelang ihnen, den Widerstand der Bauern zu brechen, weil sich die Herren zu Bündnissen zusammenschloßen. Die Erfindung der Feuerwaffen und die Errichtung stehender Heere verließen ihnen die Uebermacht über die schlecht bewaffneten, im Kriegsdienst unerfahrenen Bauern. So wurde denn die mittelalterliche Gemeinfreiheit vernichtet — auf dem platten Lande wie in den Städten — Bürger und Bauern wurden entrechtet und bedrückt durch die Ritter und Fürsten. Die geistlichen und weltlichen Machthaber mittelalterlichen in der Kunst, die Landbevölkerung planmäßig und rücksichtslos auszuheben.

Um das Jahr 1500 war es mit der bürgerlichen Herrlichkeit vorbei, aber die Macht der Grundherren wuchs. Während einstmals der Bauer den Herrn spielte, verarmte er nunmehr und wurde zu einem Sklaven. Die Kunst jener Tage spiegelt die Umwandlung deutlich wider. Vor dem Jahre 1575 stellten die Künstler den Bauern als tüpeltollen Proty dar, nach dem Jahre 1575 schilderten sie den Bauer als einen durch Mühen und Sorgen zermürbten Sklaven, der den Kopf hängen läßt und seinen Schweiß nergiebt im Dienste seiner Untertanen.

Wie die Apfelsine nach Europa kam. Die Urheimat der Apfelsine, die jetzt zu Ende des Winters, wieder, wie alljährlich, als beliebteste Frucht in Massen die Märkte beherrscht, ist Hindostan. Sie war indessen schon den Aitea bekannt; denn die berühmten Pepsel der Hesperiden, die nach der griechischen Sage von unsterblichen Jungfrauen behütet wurden, und die Hera bei ihrer Verheiratung mit Zeus von der Galla als Geschenk erhalten hatte, waren aller Wahrscheinlichkeit nach nichts anderes als Apfelsinen. Zwischen dem achten und neunten Jahrhundert wurde die Apfelsine gleichzeitig in Persien und in Arabien eingeführt, aber es dauerte Jahrhunderte, bis Araber und Perser sich entschlossen, die Frucht anzubauen, da sie glaubten, daß sie verliert sei. Erst im 11. Jahrhundert unternahm es syrische Gärtner, Apfelsinenbäume zu pflanzen, mit dem Erfolg, daß am Ende des zwölften Jahrhunderts in der Levante und insbesondere in Jerusalem Apfelsinenbäume im Ueberfluß vorhanden waren. Von hier aus brachten dann die Kreuzfahrer die bis dahin unbekannt Frucht nach Europa.

## Der Arm der Gerechtigkeit.



Bis da hinauf langt er nicht!

müßte sein, das vielach in ein widerliches Progenium ausartet. Der Bauer jener Zeit sah sich als Mensch und Bauer, er hatte eine hohe Vorstellung von seiner Bedeutung und Würde, er war auch bestrebt, seine Wohlhabenheit in prägnanter Weise nach außen hin zum Ausdruck zu bringen. Die Chronikschreiber jener Tage — es sei nur der Pöndy Casarius aus dem Kloster Heisterbach in Siebengebirge erwähnt, der den „Weltspiegel“ schrieb — erzählen Wunderdinge von dem Wohlleben der damaligen Bauern: kostbare Kleider und wertvolle Schmuckstücke, rauschende Festlichkeiten, bei denen es hoch berging, üppige Schmausereien, bei denen die Tische unter der Last der Speisen und Getränke fast zusammenbrachen. Hochzeiten, die wochenlang dauerten, an denen Hunderte von Personen teilnahmen, Tänze und Turnierspiele, alle diese äußeren Erscheinungen, die aus einem über Nacht entstandenen Wohlstand entsprangen, drückten dem damaligen Bauernleben den Stempel auf. Dagegen stand die Lebensmöglichkeit und die Lebenshaltung der Grundherren und Ritter schroff ab. Bei den geringen Abgaben waren diese Leute verarmt und litten lichtsüchtig vor, weshalb sie sich auf das „adlige Handwerk“ des Raubrittertums verlegten, indem sie die Bauern brandschatzten und die reisenden Bürger überfielen und plünderten. Das war die Zeit, als die deutschen Fürsten wirtschaftlich ohnmächtig waren und mit

## „Ich bin ein echter Kommunard.“

Von Ija Ehrenburg.

(Aus dem Russischen übersezt von Herska.)

Bis zu seinem 25. Jahre sah Louis keine Frau an. Als er eines Tages, nach seinem 25. Jahre, in eine andere Manfarde in der Straße der schwarzen Witwe umzog, trat ein, was früher oder später mit allen jungen Männern geschieht. In der benachbarten Manfarde wohnte eine junge Tagelöhnerin, Juliette. Eines Abends traf Louis sie auf der engen Wendeltreppe, ging dann zu ihr hinein, um sich Zündhölzer geben zu lassen, weil sein Feuerstein chgenügt war und kein Feuer gab — am Morgen kam er wieder heraus. Am nächsten Tag brachte Juliette ihre zwei Hemden, ihre Wäschebüffel und Haarbürste in Louis' Manfarde und wurde seine Frau. Ein Jahr später erschien in der engen Manfarde ein neuer Gast, der auf dem Standesamtsrats „Paul Maria Roug“ eingetragen wurde.

So lernte Louis die Frau kennen. Doch anders als so viele andere Frauen, auf die Paris mit Recht stolz sein kann, konnte Juliette niemals sorglos lachen, obwohl Louis Roug sie so liebte, wie ein Bauer, der schwere Steine schleppt und schöne Häuser baut, nur lieben kann. Vielleicht hat sie darum nie gelacht, weil sie in der Straße der schwarzen Witwe wohnte, wo nur einmal die alte Baldfrau Marie sorglos gelacht hatte, als man sie ins Irrenhaus brachte; vielleicht hat sie auch darum nie gelacht, weil sie nur zwei Hemden besaß, und Louis, der oft keine weißen und schwarzen Münzen hatte, und mürrisch in den Straßen der Vorstadt St. Antoine umherstreifte, ihr keine einzige gelbe Münze zu einem neuen Kleid geben konnte.

Im Jahre 1869, als Louis Roug 28 und sein Sohn Paul zwei Jahre alt war, nahm Juliette ihre zwei Hemden, Schüssel und Bürste und zog zu dem Wehger, der in der Straße der schwarzen Witwe Verdesfleisch verkaufte. Sie ließ Louis den kleinen Paul, denn der Wehger war ein nervöser Mann, der wohl lunge Frauen über keine Kinder leiden konnte. Louis nahm seinen Sohn, wiegte ihn, damit er nicht weinen sollte, wiegte ihn töpplisch wie ein Bar, weil er wohl Steine tragen aber keine Kinder wiegen konnte, und ging mit der Peise zwischen den Jähnen in der Vorstadt St. Antoine umher. Er hatte Juliette sehr geliebt, doch verstand er, daß sie nicht anders handeln konnte — der Fleischer hat viele gelbe Münzen, er kann mit Juliette in eine andere Straße ziehen,

bei ihm wird Juliette sogar sorglos lachen können. Louis erinnerte sich, daß sein Vater Jean, ehe er mit der gereinigten Flinte sarging, zu seiner weinenden Frau, Louis' Mutter, gesagt hatte: „Mich drängt es zu gehen, dich, mich zurückzuhalten. Der hahn sucht eine höhere Stange, das Schiff — das weite Meer und die Frau das ruhige Leben.“

An diese Worte dachte Louis und überlegte nochmals, daß er recht hatte, als er Juliette zurückhalten wollte und sie recht, als sie von ihm zu dem reichen Wehger zog.

Dann baute Louis wieder Häuser und bekuttete seinen Sohn. Doch bald kam der Krieg und die bösen Preußen belagerten Paris. Niemand wollte mehr Häuser bauen und die Gerüste der noch nicht fertigen Gebäude standen leer. Die Kugeln der preussischen Kanonen zerstörten viele Bauten des schönen Paris. Louis hatte keine Arbeit und kein Brot, und der dreijährige Paul verstand schon schweigend wie ein junger Kabe seinen Mund aufzusperren. Da gab man Louis ein Gewehr in die Hand. Aber er lang nicht wie sein Vater und schrie auch nicht „Brot“, sondern mit tausend anderen Mannern, Zimmerleuten und Schmieden zog er aus, um Paris, die schönste der Städte, gegen die bösen Preußen zu verteidigen. Eine brave Frau, Frau Manoug, die Besitzerin eines Gemüseladens, nahm den kleinen Paul in Pflege. Darfuß in der Winterkälte schliefte Louis Roug mit anderen Blusenmännern auf dem Fort St. Vincennes die Kugeln zu den Kanonen, aus denen die bösen Preußen beschossen wurden. Viele Tage hatte er nichts gegessen, denn in Paris war Hungernot. Seine Füße erfroren ihm, denn in jenem Winter der Belagerung herrschte eine nie gewesene Kälte. Die preussischen Kugeln fielen auf das Fort St. Vincennes nieder, die Blusenmänner wurden immer weniger, doch Louis Roug blieb auf seinem Posten bei der kleinen Kanone, weil er Paris verteidigen wollte. Und die schönste aller Städte verdiente eine solche Verteidigung. Trotz der Hungernot und der Kälte schwärmten die Lichter auf den Boulevards des Stollens und des Capucins, es gab genug rubinrote Vikore für die Stuger und das sorglose Lächeln verstand nicht von den Lippen der schönen Frauen.

Louis Roug mußte, daß es kein Kaiserreich mehr gab, daß man in Paris die Republik ausgerufen hatte. Als er die Kugeln zu den Kanonen schlepte, hatte er keine Zeit, darüber nachzudenken, was „Republik“ sei, doch die Blusenmänner, die aus Paris kamen, erzählten ihm, daß sich in den Kaffeehäusern noch immer die jungen Stuger und sorglosen Frauen drängten. Louis hatte das böse Gerede und verstand, daß sich in Paris nichts geändert hatte. Die Repu-

blik war nicht in der Straße der schwarzen Witwe, sondern in den breiten Alleen des siebenstrahligen Sternes. Auch wenn er die Preußen vor den Mauern der Stadt Paris verjagte, würde der kleine Paul doch immer seinen Mund aufsperrten müssen. Louis Roug mußte das, dennoch wollte er keinen Platz an der Kanone nicht verlassen, die Preußen sollten nicht nach Paris kommen.

Eines Morgens bekam er den Befehl, die Kanone zu verlassen und in die Straße der schwarzen Witwe zurückzukehren. Die Leute, die man „Republik“ nannte und die gewiß jene Stuger und sorglosen Frauen waren, ließen die bösen Preußen in das schöne Paris. Mit der Peise zwischen den Jähnen ging der mürrische Louis Roug in den Straßen der Vorstadt St. Antoine umher.

Die Preußen kamen und zogen wieder ab, doch niemand wollte mehr schöne Häuser bauen. Paul sperrte wie ein junger Kabe seinen Mund auf und Louis begann seine Flinte zu reinigen. In den Mauern war ein grausamer Befehl angeschlagen, daß die Blusenmänner ihre Flinten abliefern sollten. Die Stuger und die sorglosen Frauen, die man „Republik“ nannte, hatten noch die Junitage des Jahres 48 im Gedächtnis.

Louis Roug und viele andere Blusenmänner aus der Vorstadt St. Antoine und anderen Vorstädten wollten ihre Gewehre nicht abgeben. Sie gingen auf die Straße und leuerten. Es war an einem warmen Abend des Frühlingmonats März.

Am anderen Tage sah Louis Roug in den Straßen schöne Kaffeehäuser, Equipagen, Russen, Leiterwagen vorbeiziehen. In den Wagen war Gepäck aufgestapelt, in den Koffeln saßen die Leute, die Paul Roug in den Cafes der großen Boulevards oder im Boulagner Wald zu sehen gewohnt war, keine Generale mit himbeerfarbenen Kappis und mit steifen Schnurrbärten, junge Frauen in weiten Spitzenkleidern, aufgedunsene Priester in velchenblauen Soutanen, alte Stuger mit rabenschwarzen, landgelben und suchstauten Zäntderhüten, junge Offiziere, die nie auf dem Fort St. Vincennes oder auf anderen Forts gekämpft hatten, aufgeblasene schlafköpfige Lokalen, Hündchen mit Schleißen auf dem gutgestimmten Teller und sogar schnatternde Papageien. Alle eilten zum Verfaller Tor. Als Louis Roug abends auf dem Operaplatz stand, sah er leere Cafes, wo keine Stuger jetzt rubinrote Vikore tranken, sah verarmte Läden, daneben keine sorglosen Frauen sorglos lachten. Die Leute aus den Vierteln der Elysischen Felder, Muteuil und St. Germain, erhoft über die Blusenmänner, die ihre Gewehre nicht abliefern wollten, hatten Paris verlassen, sogar die Asphaltspiegel der Boulevards sahen keine Lichter und lagen dunkel da.

(Fortsetzung folgt.)

